

Sanfter Aufrührer und mitleidvoller Radikaler

Mario Keßler, Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenkler (1909-1998). Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 41, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2007, 294 S., 39,90 Euro

Wer auch immer im Jahr 2009 den 100. Geburtstag von Ossip K. Flechtheim begehen wird – das vorliegende Buch wird dabei eine gewichtige Rolle spielen. Mit ihm liegt eine umfassende, akribisch erarbeitete Darstellung des Lebensweges und der Leistungen eines Mannes vor, der wie kaum ein anderer vielseitig und herausragend zur Entwicklung kritischer Gesellschaftstheorie beigetragen hat. Detailreich erfasst Mario Keßler die Persönlichkeit Flechtheims, seinen Charakter sowie die Motive seines Denkens und Handelns. Warmherzig-verständnisvoll wird da geschildert, zurückhaltend gewertet und kritisch-prüfend übernommen, was andere über ihn bereits zu sagen wussten. Alle zur Verfügung stehenden Quellen, darunter auch solche privater Provenienz, sind erschlossen worden. Der Leser erfährt von den zahlreichen Stationen des in Russland geborenen und in Deutschland aufgewachsenen jüdischen Jungen, des in Freiburg, Heidelberg, Paris und Berlin Studierenden, des zur Emigration gezwungenen und in den USA unter schwierigen Bedingungen arbeitenden Gelehrten, des nach seiner Rückkehr um Anerkennung im akademischen Betrieb der Bundesrepublik ringenden Rückkehrers, des im Streit um seine politischen Auf-

fassungen konsequenten Forschers. Überzeugend erscheinen auch jene Entscheidungen, die Flechtheim im Laufe seines Lebens drei Parteien angehören ließen: zunächst – wie so viele Intellektuelle – hoffnungsvoll der Kommunistischen Partei Deutschlands, in die er 1927 eintrat und sie nach sechs Jahren als „ein vom Parteikommunisten und dogmatischen Marxisten zum undogmatischen Sozialisten“ Gewandelter verließ, dann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aus der er 1962 – gegen das in Bad Godesberg verabschiedete neue Parteiprogramm protestierend – austrat, und schließlich der Alternativen Liste in Westberlin, die Teil der Grünen wurde.

Flechtheims Leben vollzog sich als ein Prozess ständigen Eingebundenseins in die Auseinandersetzungen seiner Zeit, dabei von Marx ausgehend und das bekämpfend, was als Marxismus ausgegeben worden ist. Früh warnte er vor dem Faschismus und stets befand er sich auf der Suche nach Wegen, die aus den kapitalistisch dominierten Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen in eine bessere Welt, eine Welt der Vernunft und Gerechtigkeit führen würden. Er verstand sich zugleich als ein geistiger Brückenbauer zwischen unterschiedlichen Strömungen der um Alternativen bemühten Kräfte, schließlich auch zwischen Ost und West in den Zeiten des Kalten Krieges. So mag der große Kreis von Freunden, Kollegen und Bekannten zustande gekommen sein, denen Flechtheim sich eng verbunden zeigte. Zu den beeindruckenden Seiten der vorliegenden Arbeit gehört, dass eine Vielzahl dieser Persönlichkeiten dif-

ferenzierte Darstellung und ausführliche Würdigung erfährt, sei es Hans Herz, dem wohl engsten Freund Flechtheims, seien es ebenso Wolfgang Abendroth, Ernst Engelberg, Hans Kelsen, Hans Mayer, Hans Mottek, Franz Neumann, Nathan Steinberger, Fritz Vilmar und viele andere mehr. Der Band belegt die Meinung Carola Sterns über ihn, dass er „arglos und Anteilnehmend, verständnis- und vertrauensvoll: ein sanfter Aufrührer, ein friedfertiger Rebell, ein gütiger, mitleidvoller Radikaler“ gewesen ist (92f.). Da entrollt sich zudem ein außerordentlich informatives Bild des (un)akademischen Alltagslebens in den USA und in der BRD, ja in mancher Hinsicht bewegt sich Keßler sogar hin zu einer Geschichte jener deutschen Intellektuellen, deren wichtigstes Anliegen es war, ihrer Verantwortung für eine in Frieden und umfassender Gerechtigkeit lebende Gesellschaft gerecht zu werden. Der Autor bettet deren Denken und Verhalten zugleich in die allgemeinen politischen Auseinandersetzungen der wechselnden Zeiten ein; insofern darf die Biografie des Politologen Flechtheim zugleich als eine Geschichte der deutschen Politikwissenschaft in der Nachkriegszeit gelesen werden.

Entlang der Lebensstationen Flechtheims behandelt das Buch in großer Breite dessen Entwicklung und die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit. Mario Kessler zufolge erstreckte sich das Wirken Flechtheims vor allem auf drei Gebiete: die Kommunismusforschung, Parteiengeschichte und -theorie sowie auf die so genannte Futurologie. Der ersten galt Flechtheims Aufmerksam-

keit in allen Phasen seines Lebens. Die Kritik am sowjetischen Modell des Sozialismus fiel stets harsch aus, jedoch waren für ihn Stalinismus und Kommunismus niemals identisch. Er suchte nach einer Synthese von Sozialismus, Demokratie und Pazifismus (173). Es war ein demokratischer Sozialismus, den er im Sinne hatte, ein Sozialismus, der auf eine Mischung von Parlamentarismus und Räte-demokratie hinauslief.

In zahlreichen Werken befasste Flechtheim sich – über die Geschichte der KPD hinausgehend – generell mit den politischen Parteien und ihrem Platz in der Gesellschaft. Gerade auf diesem Gebiet trat er energisch den restaurativen Tendenzen der Bundesrepublik entgegen, die er als Ergebnis einer prinzipiellen Beibehaltung alter Machtverhältnisse und fortdauernder Untertanenmentalität betrachtete. Daher verlor – so sein Fazit – deren „Kampf gegen den Osten die Qualität des Widerstandes gegen den totalitären Stalinismus [...] und gewann den Charakter eines Kreuzzuges gegen die marxistisch-leninistischen Sowjets im Stile Adenauers.“ Für Flechtheim war damit die Chance verspielt, aus Deutschland „ein demokratisch-sozialistisches Gemeinwesen zu machen, das als Brücke zwischen Ost und West hätte dienen können“ (116). Im Wissen um die Realität von Prozessen der Hierarchisierung und Oligarchisierung politischer Parteien durch deren Apparate, wie sie Robert Michels bereits vor dem Ersten Weltkrieg aufgedeckt hatte, suchte er nach Möglichkeiten, deren Entdemokratisierung zu verhindern, nach wirksamen Korrektiven, die solches zu verhüten helfen,

um so zugleich Fehlentwicklungen der Gesellschaft korrigieren zu können. Dass er sich dabei immer wieder der Gedankenwelt Rosa Luxemburgs zuwandte, weist Keßler detailliert nach, wobei jedoch auffällt, dass in diesem Zusammenhang nicht ein einziges Mal auch von Paul Levi die Rede ist.

Ausführlich belegt der Verfasser die Auffassungen des interdisziplinär arbeitenden Gelehrten zu solchen Erscheinungen wie Faschismus und Totalitarismus, Sozialismus und Stalinismus, Revolution und Studentenrevolte, Demokratie und deren Gefährdung. Am kreativsten habe dieser sich auf dem Gebiet der Zukunftsforschung erwiesen, wofür er den Begriff der Futurologie prägte. Es gelte, die Zukunft zu retten und dafür kritisch, nicht systemkonform alle relevanten Fragestellungen von Philosophie, politischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und der Pädagogik zu vereinen. Dabei stellte er die großen Gefährdungen der Zukunft, Rüstungswettlauf und Kriegsgefahr, Hunger und Massenelend in den gesellschaftlichen Zusammenhang von ungleicher Entwicklung, ungleichen Lebenschancen und ungleicher Verfügung über das Eigentum an Produktions- und Informationsmitteln sowie an Kulturgütern. Ausführlich zitiert Keßler aus Flechttheims wohl bedeutendstem Buch „Futurologie. Der Kampf um die Zukunft“, das erstmalig 1970 erschien, u.a. die Gedanken zu den möglichen Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Drei Modelle habe Flechtheim für möglich gehalten: „Das erste und

vielleicht nicht einmal unwahrscheinlichste Modell wäre in der Tat das Ende der Menschheit oder zumindest der Untergang der modernen Zivilisation als Folge verheerender Kriege. Das zweite Modell liefe dagegen auf eine relative Stabilisierung bürokratisch-technokratischer Regime der Rüstung und Raumfahrt hinaus, die mit dem Begriff Neo-Cäsarismus umschrieben werden könnten. Die dritte und vielleicht sogar wenigstens wahrscheinliche Variante der Entwicklung im 20. und 21. Jahrhundert wäre eine solidarische Weltföderation mit Planung der Zukunft der Menschheit im Dienste von Frieden, Wohlfahrt und Kreativität.“ Der Forscher stellte sich als Ideal „eine abgerüstete klassenlose Weltföderation“ vor, die „im Geiste eines weltweiten solidarischen Humanismus ihre Probleme gewaltfrei lösen würde; eine Annäherung hierzu würde eine Privilegien, Bürokratie und Militarismus abbauende sozialistische Demokratie darstellen.“ (163)

Zusammenfassend bezeichnet Keßler Flechtheim als einen „Wegbereiter“ gesellschaftskritischer Ökologie, der den Begriff des „Ökosozialismus“ in die politischen Debatten eingeführt, sein Zukunftsdenken als „Mischung von moralisch fundierter Gesellschaftskritik und Sozialwissenschaft als Erweiterung von und als Ersatz für den klassischen Marxismus“ betrachtet sowie ein Werk hinterlassen habe, welches das Resultat ständiger „Suche nach einer Synthese von Demokratie und Sozialismus, Ökonomie und Ökologie, Marxismus und bürgerlichem Humanismus“ sei (222).

Jeder Historiker, der jemals sich an einer biografischen Arbeit versucht

hat, weiß um die enorm großen Schwierigkeiten dieses Genres, um das kunstvolle Verflechten von Lebensstationen und Zeitverhältnissen, um – wie im vorliegenden Falle – das Miteinander von Wissenschaftspolitik und Hochschulgeschichte. Umso größer darf die Anerkennung sein, wenn sie so gemeistert werden wie vom Autor der vorliegenden Biografie, die in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung geschichts-, politik- und sozialwissenschaftlicher Arbeit darstellt.

Manfred Weißbecker

Lügen der SED-Propaganda?

Ludwig Elm, Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel, PapyRossa Verlag Köln 2007, 332 S., 18,00 Euro

Vor der „Wende“ von 1989/90 befasste sich an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität ein größerer Kreis von DDR-Wissenschaftlern, geleitet vom Vf. des vorliegenden Bandes, intensiv und ergebnisreich mit der Geschichte des Konservatismus in Deutschland.¹ Obgleich seitdem seinen marxistischen Auffassungen im offiziellen Wissenschaftsbetrieb kein Raum mehr geboten wird, befasst sich Elm weiter mit dem Thema. Dies durchaus nicht weniger erfolgreich, allerdings unter völlig veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen noch dazu

konservativer Ideologie und Politik zu neuer Dominanz verholfen worden ist. Die jetzt von ihm vorgelegte Publikation kann in mancher Hinsicht als eine Zusammenfassung und vertiefende Darstellung zur Geschichte des deutschen Konservatismus vor 1945, vor allem aber nach dieser Zäsur betrachtet werden, zugleich aber auch als eine Orientierung auf weitere Forschungsaufgaben. Wie ernst die Arbeiten Elms genommen werden, brachte „Die Welt“ (wenngleich bar jeder Kenntnis und unfreiwillig, aber in der immer noch am Leben gehaltenen Sprache des Kalten Krieges) sehr deutlich zum Ausdruck, als sie am 1. Juli 2007 – kurz nach dem Erscheinen des Bandes – mutmaßte, in diesem werde er „die wichtigsten Lügen der SED-Propaganda über die Nachkriegs-CDU ... wieder aufwärmen“.

Nun, Elm bietet anderes, selbstverständlich. Der Leser findet den bundesdeutschen geistigen Horizont eines bedeutsamen, weil bis in die Gegenwart hinein wirkenden Zeitraumes deutscher Geschichte kenntnisreich ausgelotet. Und vor allem: Jedes Wort konservativer Politiker und Denker, das darin zitiert wird und konservative Denkstrukturen im Umgang mit der Geschichte des deutschen Faschismus bezeugt, ist akribisch belegt, jede Aussage überlegt, jede Schlussfolgerung des Nachdenkens wert. Zugleich stützt er sich auf eine ganze Reihe von Publikationen, die in der Bundesrepublik erschienen und deren Autoren erst recht nicht der angeblich verlogenen Partei nahe standen. Aber vielleicht sollen ja Historiker wie Norbert Frei, von dem eines der wichtigsten Bücher zum

¹ Siehe Ludwig Elm: Liberal? Konservativ? Sozialistisch? Beiträge im Widerstreit politischer Ideen und Wirklichkeiten. Hrsg. Vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 2004

Thema stammt, oder Peter Glotz, der 1989 glanzvoll erhellend „Die deutsche Rechte“ charakterisierte, Ralph Giordanos „Die zweite Schuld“ (1987) und andere mehr in gleicher Weise etikettiert, nein: diffamiert werden, unbesehen der tatsächlichen, nicht zu leugnenden geschichtlichen Fakten ...

Elm geht von der Tatsache aus, dass eine konservative Grundströmung in der bürgerlichen Gesellschaft existiert, die neben Sozialismus/Kommunismus, Sozialreformismus, Liberalismus und Faschismus ebenfalls als eine Grundrichtung von Politik, Ideologie und Theorie zu betrachten ist. Sie habe sich als nachhaltige und international wirksame Reaktion auf Aufklärung und Französische Revolution herausgebildet und sei, wie die anderen Grundströmungen auch, ein „relativ stabiles und zugleich in sich variables Bündel von Grundpositionen, Wertvorstellungen und Zielen“ (26f.). Sie reiche geschichtlich von den feudalaristokratischen, großbürgerlichen, monarchistischen und klerikalen Widerständen gegen die bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts bis zum Antisozialismus/Antikommunismus sowie zu autoritären und imperialen Herrschaftskonzepten des Großkapitals, seines militärisch-bürokratischen Anhangs und zu zahlreichen politischen Parteien im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert.

Seinem Abriss der Geschichte des deutschen Konservatismus legt er das Wechselspiel von Kontinuität und Diskontinuität, von Beharrung und Wandlung, von Zählebigkeit und Flexibilität konservativer Denkmus-

ter zugrunde. Die über 200-jährige Geschichte spiegelt beides wider. Davon künden nicht zuletzt zahlreiche Begriffe, die jeweils Neues widerspiegeln: Es gab da den „Alt-“, „Jung-“, „Neu“- oder den „Revolutionären Konservatismus“, die „Konservative Revolution“ oder auch einen „sozialen“ „demokratischen“, „technokratischen“, „aufgeklärten“ oder „modernen“ Konservatismus. Neuerdings spricht Ursula von der Leyen gar von einem „feministischen“ Konservatismus. Unterschiede werden auch zwischen einem „Wert“- und dem „Struktur“-Konservatismus gesehen. Wer in allen Variationen das Übereinstimmende sucht, dem empfiehlt der Vf. einen verlässlichen Prüfstein: das jeweilige Verhältnis zu emanzipatorischen Bewegungen, zum Pazifismus, zu Gewerkschaften sowie zu Faschismus und Antifaschismus.

Der Band widmet sich zunächst der „Vorgeschichte und Charakteristik des Konservatismus“. Hier arbeitet Elm Leitlinien im konservativen Denken heraus. Er sieht sie in den Ideen von der allgemeinen und dauerhaften, gleichsam naturgesetzlichen Gültigkeit der sozialen Ungleichheit sowie in den Vorstellungen zur organischen Entwicklung von Gesellschaften, die eine Bejahung evolutionär gewachsener, ständischer und hierarchischer Ordnungen sowie die Notwendigkeit der Existenz von Eliten einschließen. Festzustellen sei weiterhin ein „Skeptizismus hinsichtlich der Natur des Menschen, seiner Erkenntnis- und Entwicklungsfähigkeit und der möglichen Resultate seines Handelns.“ Konservative gingen wesentlich da-

von aus, „dass der Mensch nur bedingt rational, sein Handeln und Verhalten wesentlich auch von Instinkten und Irrationalem geleitet ist.“ Die bürgerliche Demokratie werde „als zwangsläufig unvollkommen, jedoch als bestes aller bisher bekannten und praktizierten politischen Systeme angesehen.“ Einen zentralen Rang nehme vor allem die Machtfrage ein, worin Konservative – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – dem Marxismus-Leninismus vergleichbar seien, was „bei beiden in unterschiedlicher Ausprägung dazu führte, sozialdemokratische, liberale und pazifistische Vorstellungen und Konzepte gering zu schätzen.“ (44 f.)

Im zweiten der insgesamt neun chronologisch gegliederten Kapitel – es ist das umfangreichste des Bandes – spürt Elm den verhängnisvollen Folgen nach, die konservative Politik und Interessenvertretung von der Reichsgründung bis zur direkten wie mittelbaren Beihilfe zur Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur sowie bis zum Fiasko im Frühsommer 1945 zu verantworten hatten. Das soll auch der Titel des Buches zum Ausdruck bringen, wobei es nicht nur um die Zeit nach Auschwitz gehe, sondern auch um die nach Guernica, Prag, Warschau, Paris, Belgrad, Minsk und Stalingrad, nach Lidice, Oradour sur Glane, Marzabotto und Commeno sowie um die nach Prinz-Albrecht-Straße, Dachau und Buchenwald.

Konservatives Denken habe, so des Autors zentrale Aussage, sowohl die Entstehung als auch die Grundlagen der Bundesrepublik geprägt, und dies relativ unabhängig von wechselnden parlamentarischen Kräfteverhältnis-

sen und Regierungskoalitionen. Aufschlussreiches Material bietet dafür insbesondere das Kapitel „Geschichtsvergessene Staatsgründer 1949-1953“. Es umspannt zwar nur rund vier Jahre, jedoch fast ein Fünftel des Bandes. Der Schlüssel zum Verständnis der Bundesrepublik, genauer: ihrer Verfassungswirklichkeit liege in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als die Weichen zum Verdrängen der NS-Verbrechen gestellt worden sind und, wie Giordano einmal sagte, der „große Friede mit den Tätern“ geschlossen wurde. Dieser Umgang mit dem schlimmsten Abschnitt der deutschen Geschichte habe die Verhältnisse in ganz wesentlichen Bereichen der Bundesrepublik geprägt, und er präge sie auch bis in die Gegenwart hinein. Dies schließe zugleich die Notwendigkeit einer kritischen Beurteilung der Legende vom antitotalitären Gründungskonsens ein.

Im Einzelnen werden die Parteien der seit September 1949 existierenden Koalitionsregierungen, ihre Repräsentanten und charakteristische skandalöse Episoden dargestellt. Zahlreiche Beispiele illustrieren, mit welcher exponierter NS-Vergangenheit man frühzeitig politisch-parlamentarische Karriere machen konnte. Adenauers restauratives gesellschaftspolitisches Konzept – offen und zielstrebig seit dem Bundestagswahlkampf im Sommer 1949 verfolgt – setzte die Entschlossenheit und Bereitschaft voraus, das jüngst Vergangene im Wesentlichen auf sich beruhen zu lassen. Die weitgehende Apologie dieses Umgangs mit der NS-Vergangenheit – das Lob der Diskretion und der großen „Stille“ in den

Nachkriegsjahren, wie es Hermann Lübke im Januar 1983 formulierte – wurde in den neuerlich etablierten Kreisen mit großer Zustimmung aufgenommen. Welche Relationen dabei zwischen der gesellschaftspolitischen Restauration, der technisch-industriellen Modernisierung und wirtschaftlichem wie sozialem Erfolg ebenfalls dazu beigetragen haben, sei nach Meinung des Autors ein Gegenstand künftiger Forschungen und Debatten. Seit Ende der 1940er Jahre und über die Zeiten des Kalten Krieges hinweg sei zudem die „politische Hauptachse“ der Bundesrepublik deutlich weiter rechts als in Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder Italien feststellbar gewesen, wobei sie sich im Wesentlichen über die Zäsur von 1990 hinweg fortgesetzt und vielfach sogar wieder verstärkt habe.

Aus Elms Sicht nehmen die Unionsparteien als hauptsächliche parteipolitische Repräsentanten des Konservatismus seit 1945 einen zentralen Platz in diesem ein, ergänzt durch Koalitionspartner und Verbündete wie FDP und DP, aber auch durch Verbände wie die der Vertriebenen oder durch das Verbindungsstudententum. Festsustellen seien auch Übergänge zu nazistisch-rassistischen Parteien und Gruppierungen. Hinzu müssten ebenfalls die vielfach flächendeckenden Netzwerke von rechtsgerichteten Vereinen, Zeitungen und Zeitschriften, Verlagen, Stiftungen etc. gezählt werden. Zahlreiche konservative Politiker wie Adenauer, Carstens, Dregger, Hellwege, Seebohm und Strauß werden biografisch vorgestellt. Das gilt auch für die Hauptdarsteller von Affären mit

NS-Hintergrund wie Filbinger, Globke, Kiesinger, Lübke, Maunz, Oberländer, Schwinge u.a. Es sind munter Bemerkungen am Rande, die Augen zu öffnen vermögen, so etwa die Erwähnung der Tatsache, dass man im ersten Band der Erinnerungen Helmut Kohls Namen wie Globke und Oberländer oder auch Pinochet – letzteren trotz mehrfacher Kontakte vergebens sucht.

Im Mittelpunkt der Schrift stehen hauptsächlich konservative Auffassungen zu innenpolitischen Ereignissen und Auseinandersetzungen. Doch darüber hinaus erfährt der Leser auch von den charakteristischen außenpolitischen Positionen und Konflikten, darunter zu der bedingungslosen Westbindung und zur Aufrüstung, zum Antisowjetismus und zur langjährigen Gegnerschaft zur Entspannungspolitik, zur Unterstützung kolonialer Herrschaft und Interventionen der verbündeten Mächte, aber auch rassistischer und militärfaschistischer Regime in Europa, Afrika und Lateinamerika. Beobachtet werden auch die Wechselwirkungen zum Neokonservatismus in den USA, Großbritannien, Frankreich u.a. Ländern. In der Darstellung erscheinen Rechtsintellektuelle und Vordenker des konservativen-nationalistischen Geschichtsrevisionismus wie Hellmut Diwald, Armin Mohler, Ernst Nolte, Günter Rohmoser, William S. Schlamm, Caspar von Schrenck-Notzing, Hans Zehrer u.a.m. Der Vf. ermöglicht so anregende Einblicke in bisher erschienene Veröffentlichungen über Situation, Probleme und Aussichten des Konservatismus.

Man darf als eine der wesentlichsten

Ergebnisse der Untersuchungen Elms die These betrachten, dass die politischen und intellektuellen Führungskreise des Konservatismus, insbesondere der CDU/CSU und ihres Umfeldes, bis heute über keine demokratisch fundierte und verlässliche Analyse und Gesamteinschätzung des Nationalsozialismus sowie des europäischen Faschismus der 1920er bis 40er Jahre verfügen. Darin stimmt er mit anderen Autoren völlig gegensätzlicher Positionen überein; auch Günter Rohrmoser (1980) und Giordano (1987) sind weder in der anschließenden Ära Kohl noch unter den seitherigen Koalitionen widerlegt oder überholt worden. Als Ersatz, der dieses Defizit mehr verwischt als erklärt, fungieren nach Elm seit den Nachkriegsjahren rechtsgerichtete Versionen des Totalitarismuskonzepts. Diese vermögen jedoch die Spezifik – die Singularität – der Vorgeschichte, der Entstehung, der Verbrechen und des Endes der Nazibarbarei nicht hinreichend zu erhellen. Gerade das erklärt die Privilegierung des Totalitarismustheorems durch die Konservativen, da es für die stete Relativierung der Nazibarbarei durch Vergleiche und Analogien nahezu beliebig politisch instrumentalisierbar ist. Das antisozialistische Potenzial dieser Theorie lässt sich jeweils in gewünschter Weise aktivieren. Letzteres ist in Theorie- und Geschichtsdebatten ebenso nachweisbar wie im politischen Alltag.

Elm befasst sich eingehend auch mit dem, was bislang bereits in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Konservatismus geleistet worden ist. Er sieht sich in seiner aufklärenden Intention, aber auch in Analyse, Be-

wertung und Schlussfolgerungen im Einklang mit vorliegenden, hier bereits erwähnten Veröffentlichungen. Daher kann der Leser zugleich viel über die wichtigsten konservativ-mus-Debatten und die zeitgenössische theoretische Kritik an der Rechten erfahren, wie sie u.a. von Iring Fetscher, Ossip K. Flechthelm, Helga Grebing, Martin Greiffenhagen, Kurt Lenk, Axel Schildt und Kurt Sontheimer geübt worden ist.

Ebenso wenig übersieht Elm jene Tendenzen, die gegenwärtig als neuartige Radikalisierung im konservativen Lager zu bewerten sind und „als deren Prototyp längst die Administration von Bush jr. in Aktion“ getreten ist. Ihm ist zuzustimmen, wenn er formuliert: „Es wird von den künftigen nationalen und internationalen Bedingungen abhängen, ob und in welcher Weise konsequent konservative Denk- und Handlungsweisen in Gesellschaft und Politik ihren Einfluss behalten oder verstärken. Entscheidend hierfür sind die Kraft und der Einfluss der aufklärerischen, der demokratischen und sozialistischen Bewegungen in der Welt von heute und morgen.“ (296)

Manfred Weißbecker

Das Kapital ist eine Baustelle

Jan Hoff/Alexis Petrioli/Ingo Stüttele/Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Das Kapital neu lesen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 369 S., 27,90 Euro

Das Kapital lesen ist nicht gleich Das Kapital lesen. Kaum ein Werk ist derart unterschiedlich ausgelegt, verstanden, gedeutet und benutzt wor-

den wie die drei Bände zur „Kritik der Politischen Ökonomie“ (so der Untertitel) von Karl Marx. Einer der Gründe für die Verschiedenheiten der Lesart liegt im zeitlichen Wandel des politisch-historischen Kontextes. Die Herausgeber des Sammelbandes „Das Kapital neu lesen“ identifizieren drei Wellen der „Kapital-Lektürebewegung“: Die erste ging los nach dem Erscheinen des von Engels herausgegebenen dritten Bandes Ende des 19. Jahrhunderts, die zweite Welle setzte im Vorfeld der Revolten von 1968 ein und die dritte verortet die Herausgeber um die Jahrtausendwende, als sich im Zuge zunehmender kapitalistischer Globalisierung eine neue soziale Bewegung formierte.

Das Kapital neu zu lesen, bedeutet also, historisch neue und relevante Aspekte der Rezeption bei der Lektüre zu berücksichtigen. Das Kapital neu zu lesen, heißt daher keinesfalls, es einfach nochmal zu lesen, sondern es auf eine Art und Weise zu lesen, wie es bislang noch nicht gelesen wurde und auch nicht gelesen werden konnte, so die Herausgeber in der Einleitung. Einer dieser relevanten Aspekte ist beispielsweise der Fortschritt in der Quellenforschung. Die neue Textgrundlage der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA2)¹ ermögli-

che es, textkritisch an das Werk heranzugehen, das heißt, auch die Vorarbeiten vom Kapital zu studieren. Nun wollen die Herausgeber damit nicht die Vorstellung erwecken, erst mit der MEGA2 könne „der wirkliche bzw. authentische Marx entdeckt werden“ (11). Vielmehr geht es darum zu erkennen, was sich konkret von Auflage zu Auflage geändert, inwieweit Engels eingegriffen hat und damit dann auch zu sehen, mit welchen Problemen sich Marx herumgeschlagen hat.

Eine andere Bedingung, unter der Das Kapital neu gelesen werden kann, ist das Ende des real existierenden Sozialismus, der das Marx'sche Werk als „Legitimationswissen-

russische Gelehrte begann in den 1920er Jahren in Moskau mit der Edition einer 42-bändigen Marx-Engels-Ausgabe, die in Frankfurt am Main und Berlin verlegt wurde und von der zwischen 1927 und 1941 zwölf Bände erschienen sind. Die Machtübertragung an Hitlers und der in den 1930er Jahren eskalierende stalinistische Terror, dem neben Rjazanov mehrere russische und deutsche Editoren zum Opfer fielen, setzten dieser Edition, in der erstmals Marx' „Ökonomisch-philosophische Manuskripte“ aus dem Jahre 1844 und die „Deutsche Ideologie“ veröffentlicht wurden, ein Ende. Obwohl Rjazanovs Projekt in der Zeit des „Taufwetters“ nach Stalins Tod in Moskau und Berlin wieder aufgegriffen wurde, konnte das Konzept für eine neue „zweite“ MEGA, die den literarischen Nachlass von Marx und Engels vollständig und originalgetreu darbietet, ausführlich kommentiert und die Textentwicklung mit modernen Methoden darstellt, erst in den 1960er Jahren gegen den Widerstand hoher Parteiinstanzen, denen eine historisch-kritische Gesamtausgabe suspekt war, durchgesetzt werden. Die kleine „2“ nach der Abkürzung MEGA steht für diesen neuen, zweiten Versuch, der bis heute noch anhält.

¹ Die „Marx-Engels-Gesamtausgabe“ (MEGA) ist gemäß den 1992 revidierten Editionsrichtlinien die vollständige, historisch-kritische Ausgabe der Veröffentlichungen, der Handschriften und des Briefwechsels von Karl Marx und Friedrich Engels. Das Projekt einer historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe geht auf David Borisovič Rjazanov (1870–1938) zurück. Der

schaft“ (Negt) missbraucht und aus Marx' Kritik bzw. Wissenschaft eine Weltanschauung gemacht habe. Dieser historische Bruch schließt nach der Überzeugung der Herausgeber „mit Notwendigkeit auch die Bereitschaft mit ein, die Irrtümer vergangener Gestalten des politischen Marxismus nicht zu verstecken oder zu verharmlosen, sondern klar herauszuarbeiten und rückhaltlos zu kritisieren. Diplomatische Rücksichtnahme ist hier ebenso wenig angebracht wie eifernde Polemik: Angesichts der historischen Niederlagen der offiziellen Marxismen im 20. Jh. kann es nur noch um eine streng sachliche Kritik gehen, welche sich nicht von vorgefassten Standpunkten und vorgegebenen Positionen oder Rücksichtnahmen beirren lässt. Die Chance, die darin liegt, dass keine Art von ‚offizieller Marxismus‘ länger Grenzen des Frag- oder Denkbaren vorab festlegen kann, ist dafür zu nutzen, die Pluralität aller marxistischen Positionen argumentativ zu entfalten, die sich den Herausforderungen einer radikalen marxistischen Selbstkritik stellen“ (32f.). Deutlicher ist ein auferlegter Anspruch kaum zu formulieren.

Die Auseinandersetzung mit dem Marxschen Kapital sollte sich den Herausgebern zufolge in einem ausgewogenen Verhältnis von philologischer Arbeit, die den Text als kontextgebundenes und historisches Werk rezipiert, und philosophischer Reflexion, die die Argumente und verhandelten Probleme in ihrer Substanz ernst nimmt, bewegen. Dies sei zentrale Voraussetzung für eine neue Lektüre des Kapitals. In diesem Geiste sollen dann auch die dreizehn

eigenständigen Beiträge des Sammelbandes geschrieben sein. Das ist nicht ganz konsequent durchgehalten, ebenso sind die verschiedenen Beiträge sowohl konzeptionell als auch was analytische Tiefe und Qualität angeht, sehr unterschiedlich.

Während Ingo Elbe und Bernhard Guibert den informativen Überblick zur internationalen Kapitalrezeption aus der Einleitung des Sammelbandes für Deutschland und Frankreich vertiefen, stellen sich andere Autoren eher konzeptionellen Fragen zum Marxschen Kapital. Ein weiterer Autor des Bandes ist Jaques Bidet, einer der bedeutendsten Schüler Althusser's. Von ihm liegt in deutscher Sprache nur recht wenig vor, er hat aber inzwischen schon mehrere Monographien zum Kapital in französischer Sprache vorgelegt. Bidet macht deutlich, dass in der Marxschen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise immer schon eine organisatorische Leistung vorausgesetzt ist. Er verweist auf die Notwendigkeit, die nicht-ökonomische Organisation als Form kapitalistischer Gesellschaftlichkeit einzuführen, um einige Aporien in der Marxschen Darstellung zu lösen. Leider diskutiert Bidet in diesem Aufsatz nicht, was seiner Meinung nach überhaupt zum Gegenstand des Kapitals gehört und was nicht. Das wäre für ein Verständnis seines Ansatzes jedoch hilfreich gewesen.

Das ist der Einsatzpunkt von Frieder Otto Wolfs Beitrag zur Grenze der dialektischen Darstellung, die er als konzeptionelle und damit zugleich wissenschaftliche Leistung bei Marx würdigt. Ist die dialektische Darstellung zugleich eine Form wissen-

schaftlicher Begründung, so ist zentral, was jenseits dieser Darstellungsform fällt. Wolf will sich aber bei dieser Frage nicht auf eine Metadiskussion einlassen, sondern geht vielmehr davon aus, dass die Frage nur anhand Marx' theoretischem „Tun im Kapital“ selbst nachvollzogen werden kann (159). Diese Grenze der dialektischen Darstellung zeigt er somit am konkreten Stoff des Kapitals auf: bei der Frage nach der Notwendigkeit einer Geldware, der Kontingenz der Existenz des doppelt freien Lohnarbeiters, der zugleich die systematische Voraussetzung des Kapitalverhältnisses ist und bei der Frage intakter gesellschaftlicher Naturverhältnisse als fortwährende Grundlage des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. Ingo Stützle geht einer dieser Grenzen nach und untersucht die Rolle der Geldware bei Marx. In der Wertformanalyse ist Geld (Gold) selbst eine Ware. Dies, die Anbindung des Geldes an Gold war zu Marx' Zeiten historisch noch Realität. Stützle bescheinigt Marx nun eine mangelnde Abstraktion und zeigt auf (ähnlich wie Wolf), dass Geld keine Ware sein muss (was es seit der Loslösung der Goldbindung in Bretton Woods Anfang der 70er Jahre auch nicht mehr ist). Stützle zufolge braucht es aber eine staatstheoretische Argumentation, um das heutige Geldsystem zu be- greifen.

Das, was die Herausgeber in ihrer Einleitung als „polyphone Kapital-Lektüre“ (11) bezeichnen, zeigt sich auch darin, dass sie konzeptionell sich widersprechende Interpretationen in ihrem Sammelband zulassen: So stellt sich Christian Iber vor dem

Hintergrund einer stark an Hegel angelegten Interpretation die Frage nach dem Gehalt der Wertformanalyse, während Dennis Kirchhoff und Alexander Reutlinger gerade als Alternative zu einer solchen Interpretation versuchen, den Anfang des Kapitals relationslogisch zu konstruieren. Statt die Begründung des Geldes aus der Beziehung zweier unterschiedlicher Waren mit dem Rückgriff auf die Hegelsche Dialektik zu erklären, greifen Kirchhoff/Reutlinger auf eine Spielart mathematischer Logik zurück. In ihrer Untersuchung schließen sie an ein paar Aussagen über die Relation zweier Waren als Äquivalentrelation von Michael Heinrich an und machen diese zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchung. Auf Grundlage bestimmter Eigenschaften, die den Waren nur in ihrer spezifischen Relation zueinander zukommen, versuchen sie, deutlich zu machen, warum es in einer Waren produzierenden Gesellschaft notwendigerweise ein allgemeines Äquivalent geben muss. Die Autoren nehmen also ernst, was die Herausgeber selbst postulieren, dass nämlich die auf den deutschen Idealismus aufbauende philosophische Tradition „übersetzt“ werden müsse. Die oft in Hegelscher Manier rekonstruierte Wertformanalyse übersetzen sie in eine der mathematischen Logik.

Weitere Aufsätze des Sammelbandes beschäftigen sich mit dem „verpassten Rendezvous“ zwischen feministischer Kritik und Werttheorie (Beitrag von Käthe Knittler und Martin Birkner) oder der Rezeption der ökonomietheoretischen Quellen durch Marx (Jan Hoffs Beitrag zur Rezeption und Kritik von Thomas

Hodgskin), womit der in den letzten Jahren in den Hintergrund geratene Marxsche Forschungsprozess wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückt. Das scheint vor allem deshalb mehr als notwendig, weil die Klassiker der politischen Ökonomie meist nur noch durch Marx' Brille und nicht mehr im Original gelesen werden. Ein Verständnis davon, was unter Kritik der politischen Ökonomie zu verstehen ist, kann so jedoch kaum entstehen.

Insgesamt stellt der Sammelband ein durchwachsendes Zwischenergebnis und einen zugleich hoffnungsvollen Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit dem Marxschen Kapital dar. So fehlen leider Auseinandersetzungen zur klassischen Fragestellung, wie beispielsweise nach dem Verhältnis von „Historischem“ und „Logischem“, also der umstrittenen Frage, ob Das Kapital die Entstehung der kapitalistischen Warenproduktion beschreibt (historische Lesart) oder ob es eine logisch-begriffliche Analyse des Kapitalismus als solchem darstellt. Ebenso wäre eine kritische Rekapitulierung der Marxforschung in der DDR von großem Interesse gewesen – sie wird in der Einleitung lediglich einer kurzen kritischen Würdigung unterzogen. Die Einleitung und das Nachwort stellen im Übrigen keine leichte Kost dar und sind sehr voraussetzungsvoll. Die dort verhandelten wichtigen Auseinandersetzungen (z.B. das Verhältnis zur Hegelschen Logik) sind dadurch nur schwer zugänglich und hätten einen allgemeinverständlichen und grundlegenden Beitrag im Sammelband benötigt. Und dennoch: Viele zentrale Fragen, die in den kommenden

Jahren angegangen werden müssten, werden aufgeworfen, die Antworten zumindest skizziert. Die Herausgeber legen eine offene und undogmatische Art an den Tag, trotz aller zu erkennenden Faszination für das Marxsche Werk. So wird deutlich gemacht, dass wir es beim Kapital mit einer „Baustelle“ zu tun haben, deren „Statik und Architektonik im Laufe der Zeit ständig aktualisiert wird und werden muss“ (360). In diesem Sinne müsste das Kapital sicherlich nicht nur neu gelesen, sondern ebenso neu geschrieben werden.

Sabine Nuss

Finanzmarkt-Kapitalismus

Joachim Bischoff, Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 243 S., 16,80 Euro

Jörg Huffschmid/Margit Köppen/Wolfgang Rhode (Hrsg.), Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 129 S., 11,80 Euro

Alle Autoren der beiden hier besprochenen Bücher sprechen zu Recht von einem heute gegebenen Finanzmarktkapitalismus. Immer weniger fand in der Vergangenheit eine Realkapitalbildung realisierter Mehrwertüberschüsse statt. Margit Köppen benennt in ihrem Aufsatz „Private Equity-Fonds. Von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment“ das grundlegende Problem: „Spätestens zum Ende der 1990er Jahre wurde der Industriekapitalismus

durch einen Aktionärs- oder Finanzmarktkapitalismus abgelöst. Er beruht auf der vorherrschenden Macht der Vermögensbesitzer, der Finanzinvestoren und der Finanzmärkte gegenüber den realwirtschaftlichen Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen und ihren Arbeitnehmern. Im Finanzmarktkapitalismus kehren sich die Verhältnisse um: War zu Zeiten hoher Wachstumsraten der industriellen Investitionen das Kapital knapp, so sind heute die Finanzmärkte mit Kapital überschwemmt. Es ist zunehmend mehr Finanzkapital in der Welt, das profitable Anlagen sucht, als produktive Investitionen in Maschinen und Anlagen.“ (Köppen, 51) Jörg Huffs Schmid zeigt theoretisch und empirisch im selben Buch in seinem Aufsatz „Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklung und Akteure“ die entscheidenden Gründe für den international finanzmarktgetriebenen Paradigmenwechsel auf. Es ist zu einer weltweiten „Überschussliquidität“ gekommen, „die zu einem erheblichen Teil auf die Umverteilung von unten nach oben sowie die zunehmende Privatisierung von Alterssicherungssystemen zurückzuführen ist“ (Huffs Schmid, 25). Außerdem wurden nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods Anfang der 1970er Jahre sukzessive die Finanzmärkte liberalisiert und damit ihrer bis dahin geltenden staatlichen Kapitalverkehrskontrollen enthoben, und aufgrund neuer Telekommunikationstechniken die weltweite (spekulative) Anlage von Geldkapital in Echtzeit möglich. Die Rückkehr zum Laissez-faire-Kapitalismus auf den Kapitalmärkten

hat immer mehr die Finanzinvestoren in den Mittelpunkt kapitalistischer Akkumulation gerückt. Unterstützt wurde diese Entwicklung seit Anfang der 1980er Jahre durch eine restriktive Geldpolitik. Dies stellt Stephan Schulmeister zu Recht in seinem Aufsatz „Finanzspekulation, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung“ heraus. Die Notenbanken setzten die Leitzinsen drastisch herauf. Das reale Zinsniveau überstieg die nur noch schwach ausgeprägten realen Wachstumsraten. Dies dämpfte die Investitionen der Unternehmen in Maschinen und Beschäftigte, weil ihre Neuverschuldung nunmehr niedriger gehalten werden musste als der Zinsendienst für die Altschulden. Statt zu investieren, kauften die Unternehmen andere Unternehmen und/oder Finanzaktiva auf, darunter auch Anleihen des Staates. „Dieser ‚Megatrend‘ ist in Deutschland besonders markant ausgeprägt“ (Schulmeister, 79).

Die „Beschleunigte Akkumulation des Geld- und Leihkapitals“ zeigt in seinem Buch auch Joachim Bischoff im ersten Kapitel „Imperative des Finanzkapitals“ auf. Im Finanzmarktkapitalismus kommt es zu einem „Übersparen“. „Mittlerweile hat die chronische Überakkumulation zu einem Überangebot an liquiden Geldkapitalmitteln geführt, und Anlageobjekte werden rar“ (Bischoff, 24). In sieben Kapiteln analysiert Bischoff den Übergang eines nach dem Zweiten Weltkrieg auf Massenproduktion und -konsum (Taylorismus, Fordismus) ausgerichteten Kapitalverwertungs- und Akkumulationssystems, das in den 1970er Jahre in eine Wachstumskrise geriet. Bis dahin

hatte sich in den kapitalistischen Ländern – mehr und weniger – eine staatsinterventionistische keynesianische Ordnung herausgebildet, die dem Markt und Wettbewerb nicht alleine das Feld überließ, sondern fiskal- und geldpolitisch eingriff. „Das Gewinnstreben wurde systematisch auf realwirtschaftliche Aktivitäten gelenkt. Bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen, niedrigen Zinssätzen und stagnierenden Aktienkursen, war auf den Finanzmärkten nichts zu holen“, so Schulmeister. „Der ‚Vermehrungsdrang‘ des Kapitals musste sich in der Realwirtschaft ausleben. Investitionen, Außenhandel und Gesamtproduktion wuchsen stark. Im Hinblick auf die Finanzierungssalden galt: Die Überschüsse der Haushalte wurden durch Kreditaufnahme der Unternehmen in Realkapital und Arbeitsplätze transformiert, das Budget war annähernd ausgeglichen. Bei Vollbeschäftigung ging die Staatsschuldenquote 20 Jahre lang zurück, gleichzeitig wurde der Sozialstaat mehr ausgebaut als je zuvor“ (Schulmeister, 101).

Gewinn war innerhalb der unternehmerischen Wertschöpfung im alten kapitalistischen System – in der alten Bundesrepublik als „Rheinischer Kapitalismus“ bezeichnet – eine „Restgröße“, die nach Verteilung auf die kontraktbestimmten Einkommen Lohn, Zins und Grundrente (Miete, Pacht) übrig blieb. Außerdem wurde in einer „sozialen Arbeitsgesellschaft“, wenn auch ohne wirkliche paritätische Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten, die Ware Arbeitskraft durch sozial- und arbeitsrechtliche Bestimmungen, zumindest unter temporären Aspekten, dekom-

modifiziert. Längerfristig gewährte Lohnersatzleistungen sorgten dafür – ebenso der gesamtwirtschaftliche Zustand von Vollbeschäftigung.

Wenn auch das fordistisch-keynesianische System nie ein System „der Gleichen“ war, so implizierte es aber dennoch eine Gesellschaft der sozialstaatlich verfassten und auch umgesetzten sozialen Sicherheit. Es entstand speziell in der Bundesrepublik ein „Mittelstandsbauch“, wodurch die kapitalistisch nie aufgehobenen Klassenverhältnisse befriedet wurden. Dies lenkte – auch die Gewerkschaften – von dem weiter bestehenden widersprüchlichen Lohn-Gewinnverhältnis und dem ebenso weiter vorliegenden Investitionsmonopol des Kapitals ab. Trotzdem: „Auf Basis der geringfügig modifizierten Einkommens- und Vermögensunterschiede wurde auch für die eigentumslose Klasse ein hohes Maß an sozialer Sicherheit organisiert. Das Lohnarbeitsverhältnis ist durch Ausweitung kollektiver Rechte und Umverteilungsregelungen erträglich gestaltet worden (Bischoff, 48). Die marktbezogene primäre Verteilung der Wertschöpfung war dadurch zumindest verteilungsneutral (die Reallohnzuwächse entsprachen den Produktivitätssteigerungen) und zusätzlich wurde sekundär-staatlich, und damit sozial, in Richtung Arbeits- und Sozialeinkommen umverteilt. Ergebnis war ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Brutto- und Nettolohnquote. „Der Staat verbesserte die Wachstumsbedingungen durch Investitionen in die Infrastruktur und das Bildungswesen. Das Vertrauen der Haushalte wurde durch den Ausbau der sozialen Sicherungs-

systeme gestärkt, der Konsum wuchs von Jahr zu Jahr“ (Schulmeister, 101). Ab Mitte der 1970er Jahre verschärfte sich dann aber für das Kapital unter dem Druck nachlassender Wachstumsraten und einer Überakkumulation der Verdrängungsprozess von bereits bestehendem und anlagesuchendem Kapital. Die Konkurrenz nahm zu und zusätzlich verschlechterte sich das Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität. Immer mehr vergegenständlichtes Kapital musste eingesetzt werden, um einen Arbeitsplatz zu schaffen (Anstieg der Kapitalintensität). Die dabei generierten und verteilbaren Arbeitsproduktivitätsraten lagen erstens unterhalb der Kapitalintensitätsraten und zweitens über den realen Wachstumsraten der Wirtschaft. Dies führte im letzteren Fall aufgrund nicht ausreichender Arbeitszeitverkürzungen bei noch ansteigender gesamtwirtschaftlicher Arbeitsangebotsfunktion zu immer mehr Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig sank selbst bei konstanter Profitquote die für das kapitalistische System alles entscheidende Profitrate. Diese Zusammenhänge legt Joachim Bischoff mit Bezug auf empirische Studien im zweiten Kapitel „Alptraum Stagnation“ überzeugend dar. Kritisch bemerkt Bischoff hierbei die „Entkopplung des Geldkapitals sowie die beschleunigte Akkumulation des Leihkapitals“ innerhalb der Surplus-Produktion (54). Gewinnt das im Unterschied zum Produktionskapital unendlich mobile Finanzkapital die Oberhand, so wird der Zins – als Teil des Surplus und antagonistischer Konkurrent der Unternehmensrendite – zur Richtschnur der Anlagpolitik.

„An die Stelle des industriellen Entrepreneurs tritt der ‚money-hunting‘ – der nach Geld jagende Shareholder“ (Bischoff, 57). Dies wird aber zu einem Problem, da keine industrielle Kapitalverwertung existiert, wenn die erwarteten Gewinne nicht den Mindestzinssatz für langfristige Geldanleihen dauerhaft und deutlich überschreiten, selbst wenn im Einzelfall ohne fremde Mittel gearbeitet wird“ (Bischoff, 55f.). Negatives Ergebnis ist dabei ein „Druck auf den unternehmerischen Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess. (...) Abschwächung von Investitionen und Akkumulationsrate; Polarisierung in den Verteilungsverhältnissen und Zerstörung der sozialen Kohärenz (und) verstärkte Tendenz zu Währungs- und Finanzkrisen“ (Bischoff, 58f.). Dies zeigt Bischoff in den Kapiteln drei bis sieben seines Buches ausführlich und überzeugend auf. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen steht dabei ein „neues Produktionssystem“, eine Ausrichtung an der Shareholder-Value-Doktrin, die eine „Negativutopie“ einer reinen Marktesellschaft verkörpert. Bischoff bestreitet dabei zu Recht einen wirklichen Durchbruch zu einem neuen nicht-fordistischem Produktionsmodell. „Damit das ‚neue Akkumulationsregime‘ sich entfalten kann, müsste nicht Marktdruck, sondern Beschäftigungssicherheit organisiert werden“ (95). Hierzu ist aber die Shareholder-Value-Steuerung nicht in der Lage, jedenfalls so lange nicht, wie die Zustimmung zu den Unternehmenszielen und ihre Realisierung die Arbeitsplätze und die wirtschaftlich-soziale Lage der abhängig Beschäftigten bedroht.

Die Analyse eines finanzmarktgetriebenen (neuen) kapitalistischen Akkumulationsregimes fällt in beiden Büchern überzeugend aus. Sowohl Theorie als auch Praxis (hier sei neben den vielen dargelegten empirischen Daten auch auf den Aufsatz: „Im Besitz von Finanzinvestoren – ein Beispiel aus der Praxis“ von Jürgen Hennemann verwiesen) werden gut verständlich dargeboten. Mehr als dürftig fallen allerdings die Alternativen aus. Bei Bischoff werden sie im achten und letzten Kapitel seines Buches nur rudimentär dargelegt. Eine „demokratisierte und gesteuerte Ökonomie“ ist im Kontext zum Finanzmarktkapitalismus sicher eine Alternative, warum dann aber die neuste Literatur zum komplexen Thema „Wirtschaftsdemokratie“ nicht ausgewertet wird, ist unverständlich. Hier hätte das holistisch und dreigliedrig angelegte wirtschaftsdemokratische System (Mikro-, Meso- und Makroebene) reflektiert und als Alternative, selbst wenn auch hier noch „weiße Flecken“ in der Forschung bestehen, dargeboten werden müssen. Auch der von Klaus Dörre in der Aufsatzsammlung enthaltene Beitrag „Finanzmarktkapitalismus contra Mitbestimmung“ ist zwar in der Analyse sehr gelungen, fällt aber bei den Alternativen fast hilflos und in seiner Conclusio deshalb dürftig aus. Es kann nicht nur im Rahmen einer Wirtschaftsdemokratie (hier auf der Mikroebene) um „Organizing-Konzepte“, um „Mitgliederwerbung“, bei den Gewerkschaften gehen (diese fallen nach Erkenntnissen der Institutionenökonomie bei „kollektiven Verhandlungs- und Vertragssystemen“ überdies im

Ergebnis immer nur bescheiden aus), sondern es muss vielmehr von den Gewerkschaftsfunktionären ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Diskurs um die Fragen einer bis heute nicht gegebenen paritätischen Mitbestimmung entfacht und ausgelöst und zusätzlich der Flächentarifvertrag gestärkt werden. Hierbei geht es vom Ergebnis her um die im Gesellschafts- und Arbeitsrecht festzuschreibende Gleichstellung von Arbeit und Kapital. Trotz dieser Kritik sind dennoch beide Bücher Pflichtlektüre für alle, die wirtschaftspolitisch mitreden wollen.

Heinz-J. Bontrup

Reformpolitik jenseits vom Antikapitalismus

Mohssen Massarrat, Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 309 S., 18,80 Euro

Massarrat versucht in seinem Buch, ein Programm „revolutionärer Reformen“, d.h. Reformen mit systemtranszendierendem Charakter, zu entwickeln, welches in der Lage ist, die von ihm konstatierte „Legitimationskrise“ des Neoliberalismus (9) in politisches Handeln umzusetzen. Dabei ist es ihm ein wichtiges Anliegen, den Kampf gegen das neoliberale Projekt und für Reformen nicht mit Antikapitalismus gleichzusetzen – dies würde eine Verengung des Kampfes bedeuten.

Daher setzt er sich im ersten Teil zunächst mit der Frage auseinander, ob es im Kapitalismus Spielräume für eine Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklungen, d.h. für Re-

formalternativen, gibt. Am Beispiel von Ernest Mandels „Spätkapitalismus“ zeigt er die politische Ausweglosigkeit, die mit der Verabsolutierung der Kapitalverwertungslogik verbunden sei. Diese führe in eine „Kapitalismusfalle“ (70), d.h. die Kämpfenden erliegen der „Legende, die alle in unserer Welt zu beklagenden Probleme ausschließlich auf den Kapitalismus und dessen Gesetzmäßigkeiten zurückführt.“ (71) Eine solche Analyse führe letzten Endes in die Passivität, da sie einerseits konkrete Verbesserungen hier und heute für als nicht mit der Kapitalverwertungslogik im Einklang stehend und damit nicht realisierbar erklärt, während der Frontalangriff auf den Kapitalismus angesichts der Kräfteverhältnisse aussichtslos ist. Auch wenn dem im Ergebnis zuzustimmen ist, so erscheint die Begründung doch fragwürdig: Massarat zufolge herrscht zwar in der Produktionssphäre die strikt ökonomisch verstandene Logik der Kapitalverwertung, die Distributionssphäre aber sei durch die politische Logik der Machtverhältnisse geprägt – wobei er Umverteilung als „Nullsummenspiel“ (51), also wohl ohne Rückwirkungen auf die Produktionssphäre, versteht. Hier unterliegt Massarat m.E. dem gleichen Missverständnis wie Mandel, indem er ökonomische Gesetze ähnlich wie Naturgesetze auffasst – diese sind aber gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten und somit auch politischer Natur. Die Auseinandersetzung um die Aufteilung des Mehrprodukts ist sowohl ökonomisch wie politisch, was bei Marx in der Kategorie des Wertes der Ware Arbeitskraft zum Ausdruck

kommt. Die Kategorie der Macht, auf die Massarat ausführlich eingeht, liegt nicht außerhalb der politischen Ökonomie. Allerdings ist – auch wenn die Begründung nicht überzeugt – die Schlussfolgerung wichtig: Die politische Sphäre im Kapitalismus folgt einer eigenständigen Logik, die nicht lediglich aus der Kapitalverwertungslogik ‚abzuleiten‘ ist.

Massarat kommt zu der für die Auseinandersetzungen um das neoliberale Projekt wichtigen Feststellung: „Die Hauptkonfliktlinien der Gegenwart bewegen sich nicht entlang des Konflikts zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern verlaufen entlang des Konflikts zwischen zwei Weltordnungen: der Welt der reichen Elite und der Welt der Gerechtigkeit.“ (74) Und letztere kann verwirklicht werden – so die zentrale Botschaft des Buches – ohne den Kapitalismus abzuschaffen. Für Massarat ist ein „gezähmter, mit strengen moralischen Maßstäben, wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit, regulierter Kapitalismus, ohne expansionistische und imperialistische Triebe und mit einem menschlichen Antlitz“ denkbar (53), d.h. ein gesellschaftlich eingebetteter Kapitalismus wie ihn Karl Polanyi beschrieben hat (135).

Wird im ersten Teil des Buches gezeigt, dass der Kampf gegen die neoliberale Weltordnung nicht notwendig antikapitalistisch ist, so kommt Massarat im zweiten Teil zu seinem Hauptanliegen: Die Entwicklung eines Programms des politischen Wandels, dessen Kernelement die Nachhaltigkeit im Sinne der Brundtland-Kommission ist (137). Ein solches Programm könne aber nicht

staatlich verordnet werden: „...die Wege der Umsetzung aber (sind) der Selbstorganisation zu überlassen“. (156) Allerdings ist sich der Autor bewusst, dass Selbstorganisation keineswegs nachhaltiges Wirtschaften garantiert. Es sind staatsförmige Strukturen notwendig, die verbindliche Ziele (z.B. zur Reduzierung der CO₂-Emissionen) setzen und deren Einhaltung überwachen: „...der Staat ist im Sinne der Nachhaltigkeit verpflichtet, für eben dieses Ziel einen der effektivsten und kostengünstigsten Steuerungsmechanismus zu erfinden und einzurichten.“ (156) Zwar ist die angestrebte „solidarische Ökonomie“ als sich selbst regulierendes System gedacht – trotzdem bleibt die politische Steuerung eine zentrale Herausforderung.

Darauf kommt Massarrat auch zurück, nachdem er Kernthemen des Übergangs zu einer Welt der Gerechtigkeit behandelt hat – dazu gehören vor allem die Umverteilung der Arbeit und der Klimaschutz. In einem Kapitel „Demokratisierung der Demokratie“, dem innovativsten Teil des Buchs, schlägt er vor, die im Westen bestehende parlamentarische Parteiendemokratie durch Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Strukturen, vor allem von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO), zu ergänzen. Diese würden auf konkreten Problemfeldern meist mehr Kompetenz und Legitimation aufweisen als parlamentarische Einrichtungen: „Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie weisen angesichts der Herausforderungen und des qualitativ neuen Komplexitätsgrades von zu lösenden gesellschaftlichen Problemlagen trotz ihrer formellen Legi-

timisation in materieller Hinsicht beträchtliche Legitimationsdefizite auf. Andererseits entstanden nicht zuletzt auch aus diesem Dilemma heraus in zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen beträchtliche Kompetenz- und Problemlösungspotenziale, die zwar materiell zur Teilhabe an demokratischen Entscheidungen im politischen System legitimieren, für die jedoch bisher die formalen Legitimationsgrundlagen fehlen.“ (252/3) Der Autor diskutiert auch einige damit verbundene Probleme, übergeht allerdings die Frage der inneren Verfasstheit von NROs: Diese sind oft ausgesprochen autoritär strukturiert.

Massarrats Arbeit stellt einen interessanten und anregenden Versuch dar, ein konsistentes handlungsorientiertes Programm zur Überwindung der neoliberalen Hegemonie zu entwickeln. Während er die wichtigsten aktuellen Debatten dazu aufnimmt und teilweise weiterentwickelt ist er – diese kritische Schlussbemerkung sei erlaubt – in historischer Hinsicht blind, sodass er manchmal das ‚Rad neu erfindet‘. Die Diskussion über den Zusammenhang zwischen Antikapitalismus und Reformalternativen wurde zuletzt in den 1970er und 1980er Jahren im Kontext der Stomokap-Debatte geführt und Massarrat sagt dazu nicht neues; auch Vorstellungen der „solidarischen Ökonomie“ sind nicht neu und haben zahlreiche theoretische und praktische Vorläufer in Form der Wirtschaftsdemokratie, des Genossenschaftsgedankens und der Dualwirtschaft. Warum der Autor diese historische Tradition, in der er faktisch steht, noch nicht mal einer Erwäh-

nung für würdig erachtet, ist unklar – setzt er sich damit doch der Gefahr aus, dass ihm ‚alles schon mal da gewesen‘ entgegengehalten wird. Und das wäre nicht nur schade, sondern auch ungerechtfertigt.

Jörg Goldberg

Analyse und Synthesen

Projekt Klassenanalyse@BRD, Mehr Profite, mehr Armut. Prekarisierung und Klassenwiderspruch, Neue Impulse Verlag, Essen 2007, 216 S., 12,90 Euro

Marxistische Klassentheorie und Klassenanalyse befinden sich seit jeher im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Nicht-Aktualität. Im herrschenden Diskurs (oder im Diskurs der Herrschenden) galten sie aus guten Gründen zu keinem Zeitpunkt als modern. Denn marxistische Analysen gewinnen ihre Aktualität aus den gesellschaftlichen Widersprüchen einer Klassengesellschaft, die es zu erklären gilt. Entsprechend leitet der Vorsitzende der Marx-Engels-Stiftung, Werner Seppmann, den ersten Band des Projektes „Klassenanalyse@BRD“ ein: „Die Frage nach der Realität der Klassengesellschaft hat eine neue Aktualität bekommen: Im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit herrscht wieder ein rauer Ton“ (Bd. I: 7). Das Projekt „Klassenanalyse@BRD“ wurde im Jahr 2003 durch die Marx-Engels-Stiftung ins Leben gerufen. Es sieht sich in der Tradition der Studien des IMSF und des Westberliner Projektes Klassenanalyse aus den 1970er Jahren. Inzwischen wurden vier Bände veröffentlicht: „Zweifel am Proletariat – Wiederkehr der Proletarität“ (Bd. I,

2004), „Umbau der Klassengesellschaft“ (Bd. II, 2006), „Sozialcrash – von der DDR-Gesellschaft zur kapitalistischen Klassengesellschaft der BRD“ (Bd. III, 2007) und „Mehr Profite – mehr Armut“ (Bd. IV, 2007).

Obwohl im Projekt eine gewisse „Unentschiedenheit“ über den Begriff der Arbeiterklasse vorherrscht, finden die Autoren eine klare Positionierung in aktuellen Debatten. So stellt etwa Ekkehard Lieberam im neuesten Band des Projektes zum Thema „Prekarisierung“ fest: „Nicht zu übersehen ist die Tendenz, die Gruppe der besonders sozial Verunsicherten und Ausgegrenzten, vielfach eben als Prekariat bezeichnet, vorschnell in den Status eines einheitlichen neuen ‚revolutionären‘ Subjekts zu erheben, das gar an die Stelle des alten Proletariats tritt.“ (Bd. IV, 15) Dieses Zitat ist ebenfalls Ausdruck für einen immer wieder mitschwingenden, im neuesten Band des Projektes noch etwas stärker hervortretenden programmatischen Zug. Deutlich wird dies auch in Lieberams Kapitel „Aufgabe: Gegenmacht von unten“, in der der Autor die Chance auf Widerstand gegen die laufenden Kapitaloffensiven an einem Programm festmacht, das „die verschiedenen Klassenfraktionen der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten zusammenführt“ (Bd. IV, 70). Werner Seppmann schließt daran an und fordert: „Wenn ‚Entprekarisierung‘ eine Chance haben soll, muss die Produktion von ‚Überflüssigen‘ skandalisiert“ (Bd. IV, 106) werden, und zwar mit der offensiven Forderung nach Senkung der Arbeitszeit (vgl. Bd. IV, 108). Auch Thomas Lühr formuliert in seinem

Aufsatz „Neofaschismus und Klassenkampf“ programmatische Thesen: „Antifaschismus heißt konsequente Interessensvertretungspolitik, d.h.: Klassenkampf“ (Bd. IV, 200). Aus der Perspektive der Handlungsorientierung lässt sich auch die bereits genannte „Unentschiedenheit“ im Begriff der Arbeiterklasse erklären. Autoren, deren Politikkonzept auf eine breite und heterogene Mobilisierung angelegt ist, präferieren einen weiten Begriff der Arbeiterklasse. Der enge Begriff der Arbeiterklasse, also eine weitestgehende Beschränkung auf das Industrieproletariat, ist dagegen Ausdruck der Konzentration auf Organisationsgrad und ökonomische Stellung. Der Begriff der Arbeiterklasse besitzt eine relative Bedeutung, die erst im Rahmen des Gesamtsystems sichtbar wird. Das Projekt tut gut daran, dieses stärker explizit zu machen.

Wichtig hervorzuheben ist noch ein anderes Moment, das in Wolfgang Richters Artikel „Lohnarbeit, geförderte Lohnarbeit und ‚Dritte Arbeit‘“ deutlich wird: Die Fähigkeit, anhand von kommunalen Beispielen (in diesem Fall der „Konzern Stadt Dortmund“) den Rahmen für Politik auf dieser Ebene darstellen zu können. Das Projekt „Klassenanalyse@BRD“ bewegt sich zwischen Klassenanalyse und Klassenpolitik, trotz der Aussage, dass „Klassenanalyse kein Politikersatz“ (Bd. II, 8) sein könne. Mit ihrem Grundsatz, eine marxistische Analyse der Arbeiterklasse ins Zentrum ihrer Bemühungen zu stellen, nehmen sie in der BRD aktuell eine einzigartige Stellung ein.

Pablo Graubner

Shareholder versus Stakeholder value

Dieter Balkhausen, Raubtierkapitalismus. Wie Superspekulanten, Finanzjongleure und Firmenjäger eine Weltfinanzkrise provozieren, Fackelträger Verlag, Köln 2007, 256 S., 19,95 Euro

Wie schön war sie doch – die Marktwirtschaft des „rheinischen Kapitalismus“. Zwar war auch damals das Handeln der Unternehmen auf Gewinn gerichtet, aber „die allermeisten Unternehmer fühlten sich dem Gemeinwohl verpflichtet“. Sie akzeptierten die Mitbestimmung. Es war „eine Art moralischer Kapitalismus“.

Noch nicht zehn Jahre ist es her, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder und Finanzminister Hans Eichel – nachdem Oskar Lafontaine aus der rot-grünen Regierung gedrängt worden war – alle Firmenverkäufe steuerlich freistellten. Das habe in Deutschland Tür und Tor für „aggressive Investoren“ geöffnet. Seitdem hat sich alles zum Schlechten gewandelt. „Der Unternehmenserfolg wird vor allem an der Entwicklung des Aktienkurses und der Dividende abgeleitet, gleichgültig, ob deren Höhe mit der nachhaltigen Strategie des Unternehmens konform ist. Die in Mode gekommenen Analysten verlangen im Verein mit Investmentbankern ständig steigende Gewinne, feiern Mega-Mergers, Konzernabspaltungen etc.“ (243). Verheerende Folgen habe die „amerikanische Krankheit“ – Aktioptionen fürs Management. „Die angestellten Manager haben den Verteilungskampf gegen Eigentümer und Mitarbeiter für sich entschieden“ (245).

Balkhausens Buch ist eine Kritik des „Sharholder value“-Kapitalismus der „durch die Private-Equity-Fonds und Hedgefonds weiter auf dem Vormarsch“ sei, aus konservativer Sicht. Der Autor propagiert die Rückkehr zum „Stakeholder value“, „also die gleichrangige Berücksichtigung der Eigentümer, Kunden und Mitarbeiter“. Balkhausen – über Jahrzehnte ZDF-Experte für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik – hat sich Verbündete als Gastautoren, die im Buch zur Worte kommen, eingeladen: Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, Ex-Nestlé-Chef Helmut Maucher, den Industriellen Jürgen Heraeus, den Präsidenten der Finanzdienstleistungsaufsicht Jochen Sanio, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Schweizer Großbank UBS in Deutschland Jochen Sauerborn und die Wirtschaftswissenschaftler Uwe Schneider und Jürgen Stark.

Sie teilen mit Balkhausen das Unbehagen über die jüngste Entwicklung des Finanzkapitalismus. Sie sind zwar froh, dass „die deutsche Politik seit Ende der Neunzigerjahre den für das Wirtschaftswachstum gefährlichen Fiskalsozialismus (= hohe Steuern, hohe Sozialabgaben, hohe Staatsschulden) zum Wohle der Republik zurückgedrängt hat“ (238). Aber die Art und Weise, wie das geschehen ist und weiter geschieht, beunruhigt die Autoren sehr. Millionen Betroffene haben an der Marktwirtschaft zu zweifeln begonnen, beklagt Balkhausen. Das Vertrauen in die bundesdeutsche Demokratie schwindet. „Eine neue linke Partei“ gewinnt Zulauf.

Daraus müsse man lernen. „Der mit-

telfristige Abbau von Arbeitsplätzen mag unverzichtbar sein, diesen aber kurzfristig zu praktizieren, ist gesellschaftspolitisch unverantwortlich.“ (245). Und im gleichen Sinne wird kritisiert: „Die Pervertierung der amerikanischen Krankheit besteht zweifellos darin, die Verkündung von Milliarden Gewinnen mit der gleichzeitigen Absicht, tausende Stellen zu streichen, zu verbinden“ (245), kritisiert Balkhausen.

Der Band bezeugt, dass die neoliberale Ideologie auch für den nachdenklicheren Teil der herrschenden Klasse und deren politische bzw. wissenschaftliche Vertreter an Glanz verliert, wobei die Risiken einer daraus abgeleiteten praktischen Politik für das kapitalistische Gesellschaftssystem deutlicher als zuvor auch von diesen Kreisen gesehen und benannt werden. Zweck des Buches ist es, durch eine ungeschminkte Darstellung der Praktiken der „neuen Investoren“ jene Leser nachdenklich zu machen, die den Neoliberalismus vor allem als geeignetes Instrument betrachtet haben, um dem „Fiskalsozialismus“ ein Ende zu bereiten und die dem Neoliberalismus aus diesem Grunde bis heute unkritisch gegenüber stehen. Den größten Teil des Bandes nimmt die Schilderung von bekannten, deutschland- bzw. weltweit agierenden Unternehmen ein, die zum Spielball spekulativen Finanzkapitals wurden. Darüber hinaus werden im Buch gängige Praktiken, mit denen die „Heuschrecken“ bisher funktionierende Unternehmen aussaugten, wie Leerkauf, verdeckte Gewinnausschüttung, „Umbau“ und „Umstrukturierung“ der aufgekauften Firmen für den finanzwirtschaft-

lich nicht versierten Leser verständlich vorgestellt. Aufschlussreich sind in dieser Hinsicht besonders die Ausführungen des „Gastautors“ Jürgen Schneider, der sich mit (in der Regel beschönigenden) „Halbwahrheiten“ über die „neuen Investoren“, die vielfach als Hedgefonds bzw. Private-Equity-Fonds organisiert sind, auseinandersetzt (109-121).

Was kann gegen die neuen, die wirtschaftliche und politische Stabilität in Deutschland und der Welt bedrohenden Übel unternommen werden? Balkhausen und seine Gastautoren schwanken zwischen Durchsetzung von mehr Transparenz bei Finanztransaktionen und der Schaffung eines Instrumentariums zur Abwehr unerwünschter Investoren durch den Staat.

Es ist die Offenheit und Eindringlichkeit, mit der die die Wirtschaft destabilisierenden Methoden des modernen Finanzkapitals dargestellt werden, die Balkhausens Schrift ungeachtet seiner konservativen, teilweise nostalgisch mittelstandsbetonten Grundausrichtung auch für linke Leser interessant und empfehlenswert macht.

Jörg Roesler

„Neue Arbeitnehmer“

Michael Vester/Christel Teiwes-Kügler/Andrea Lange-Vester, Die neuen Arbeitnehmer, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 256 S., 17,80 Euro

Vorgestellt wird eine am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Hannover von 2005 bis 2007 durchgeführte Pilotstudie über die „neuen Arbeitnehmer“ (Projektleitung: Michael Vester). Die Studie

wurde vom Vorstand der IG Metall gefördert, um – so Berthold Huber in seinem Vorwort – „mehr über die Haltungen und Einstellungen neuer Arbeitnehmer/-innen zu erfahren“ (13). Denn die IG Metall treibt um, dass es ihr nicht gelingt, in ausreichendem Umfang neue Mitglieder unter den modernen Facharbeitern und Fachangestellten und ebenso unter den Ingenieuren und technischen Experten zu gewinnen.

Untersucht wird der Wandel der „Arbeitnehmermilieus“, konkret: aktuelle Entwicklungen in den Milieus der qualifizierten Facharbeiter, Fachangestellten und technischen Experten in der Automobil-, Maschinenbau- und Informatikbranche. Auch sie verlieren heute „frühere Sicherheiten und Vorrechte“ (16), weil mittlerweile selbst hoch qualifizierte Fach- und Expertenarbeit entwertet wird. Eine Situation, aus der neue Formen des industriellen Konfliktes und der Unzufriedenheit entstehen, denn „auch die Hochqualifizierten [nehmen] vermehrt teil an der Unsicherheit der übrigen Arbeitnehmer und an ihrer Angst um die erreichte gesellschaftliche Stellung“ (19).

Die mit viel Originalton aus den Gruppenwerkstätten und zahlreichen Abbildungen veranschaulichten Forschungsergebnisse belegen, dass sich die sozialen Milieus zwar differenziert, jedoch keineswegs in „individualisierte Einzelmenschen“ (17) aufgelöst haben, sondern die vertikalen Unterschiede in der Gesellschaft ebenso fortbestehen wie durch Lohnarbeit bestimmte Grundorientierungen. Entgegen allen modischen Absagen an den Fortbestand der Klassen und der Klassengesellschaft stel-

len die AutorInnen fest, „dass die vertikalen Milieu-, Schicht- und Klassenunterschiede, wenn auch in gewandelter Form, fortbestehen“ (18). Damit bestätigen die Untersuchungsergebnisse ein weiteres Mal die These Peter von Oertzens – dem das Buch gewidmet ist –, dass die „neuen sozialen Milieus“ Ausdruck einer Modernisierung der „Arbeitsnehmermilieus“ sind.

Hinsichtlich der Ausgangsfrage nach der Akzeptanz der Gewerkschaften stellen die Hannoveraner ForscherInnen fest: „Um ihr Mitgliederpotential zu erschließen, müssen sich die Gewerkschaften vermehrt auf einen neuen Arbeitnehmertypus einstellen, auf höher qualifizierte Spezialisten, denen es nicht allein um Einkommen und Arbeitszeiten, sondern auch um die *Autoritäts- und Anerkennungsverhältnisse* im Betrieb geht. Sie stehen damit in der Tradition der spezialisierten Facharbeiter und Fachhandwerker, denen es traditionell auch um ihre Berufsqualifikation und Berufsehre ging. Die Gewerkschaften können immer weniger allein von den ökonomischen Interessen an höheren Löhnen, geringeren Arbeitszeiten und sozialer Sicherheit ausgehen, die für ‚entfremdete Routinearbeiter‘ der taylorisierten Massenproduktion im Vordergrund stehen.“ (23, Herv. im Original)

Bei aller Hoffnung auf ein solidarisches Handeln der untersuchten Beschäftigtengruppen als Mitglieder der Gewerkschaft ist doch zu beachten, dass es gerade die (noch) relativ privilegierten Arbeiter und Angestellten sind, die, um eine Formulierung von Michael Schumann zu benutzen, den „Gefahren der internen Konkurrenz

und forcierten Selbstausbeutung“ unterliegen. Ob es tatsächlich gelingt, aus der Heterogenität der sozialen Lagen und Anschauungen der arbeitenden Klassen eine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung zu bilden, hängt nicht in erster Linie von der Gemeinsamkeit einiger sozialstatistischer Merkmale oder abstrakten soziologischen Kategorien ab. Sie entsteht vielmehr „durch soziale Praxis, d.h. durch Kämpfe zwischen Interessenparteien und durch die von ihnen geschaffenen Konfliktlinien und institutionellen Ordnungen“. (96f., FN 1) Wie die qualifizierten Facharbeiter, Fachangestellten und technischen Experten für eine solche gemeinsame soziale Praxis gewonnen werden können, dafür liefert die hier vorgestellte Untersuchung wichtige Ansatzpunkte.

Hans Günter Bell

Kampf ums Öl

Abdullah Yahya Zalloum, Oil Crusades. America Through Arab Eyes, Pluto Press, London/Ann Arbor, Mich. 2007, 231 S., 21,99 Euro

Der Untertitel des Buches ist vermutlich Produkt der Marketing-Abteilung des Verlages, die sich zusätzlichen Absatz bei dumpfbackigen Kunden erhoffte: Verspricht er ihnen doch die spannende Aussicht auf Beispiele für hanebüchene Vorurteile über „die Amerikaner“ und „den Westen“, die sie in unseren Vorurteilen über hass-erfüllte, anti-moderne „Islamisten“ oder ähnliche „fundamentalistische“ Fanatiker mit Vollbärten und stechenden Augen bestärken und neues Illustrationsmaterial für Stammtischdebatten liefern könnten! Etwaige Erwar-

tungen diesbezüglicher Art werden hier enttäuscht. Zalloum ist ein inzwischen älterer Herr, der zwar in einem Land des Nahen Ostens geboren, dann aber sein aktives Berufsleben zum größten Teil in den Vereinigten Staaten verbracht hat, und zwar als (vermutlich hoch bezahlter) Berater in der Ölbranche. Und das von ihm hier einer breiten, d.h. nicht nur akademischen Öffentlichkeit vorgelegte Buch handelt keineswegs davon, wie „die Araber“ die USA sehen, sondern es ist ein individuelles Beispiel dafür, wie ein Intellektueller arabischer Herkunft nach beinahe 50 Jahren im internationalen Ölgeschäft jetzt die aktuelle Weltlage sieht. Das Ergebnis unterscheidet sich inhaltlich wenig bis gar nicht von den einschlägigen Arbeiten, die einige der noch nicht von der post-bipolaren Akkomodation erfassten westlichen Intellektuellen wie z.B. Michael Klare oder Elmar Altvater vorgelegt haben – nur, dass es von diesem Schlag seit der Zeitenwende von 1990/91 nicht mehr allzu viele gibt. Das allein schon macht dieses Buch hochgradig nützlich.

Zalloum bietet zunächst einen historisch-materialistischen Überblick über die Geschichte und Gegenwart des modernen Ölgeschäfts, der an entscheidenden Stellen ins Detail geht. Dabei wird eine Reihe von Dingen offen und brutal beim Namen genannt, insbesondere was die „besonderen Beziehungen“ zwischen den großen Nationen des Westens und dem Nahen Osten betrifft.

Diese „besonderen Beziehungen“ waren und sind bis heute in Wirklichkeit – und für Erkenntnisse dieser Art ist in der Tat wohl eine „arabi-

sche Sicht“ förderlich – direkte Zwangsverhältnisse, drapiert als freie Marktwirtschaft. Den Völkern des Nahen Ostens, die zufällig auf den größten und am leichtesten zugänglichen Ölvorkommen dieses Planeten siedeln, wurden von den Führungsmächten der westlichen Welt die Bedingungen, unter denen sie ihr schwarzes Gold fördern lassen mussten, sowie der Anteil am Erlös, den sie erhielten (anfangs weniger, als die extrahierenden Firmen bei sich zu Hause an Steuern zahlen mussten), zunächst mit Waffengewalt diktiert, dann „legalisiert“ durch die Inthronisierung eingekaufter lokaler Führungseliten, die fürderhin als „Vertragspartner“ fungierten. Die entsprechenden Staaten dazu wurden zur optimalen Kontrolle über die Ölgebiete nach Maß zugeschnitten („Nation-building“). Diese folgenreicheren Modernisierungsleistungen gingen allerdings primär noch auf das Konto der europäischen Imperialisten, allen voran auf das des britischen Empire, dessen schamloses Ausbeutungskartell ja inzwischen in den Darstellungen einiger neuerer Autoren wieder zu einer Agentur des faktischen Zivilkultur-Exports verklärt wird. Demgegenüber erinnert der „Araber“ Zalloum beiläufig daran, dass auch die Zerschlagung des Osmanischen Reiches, die Unterstützung der „Jungtürken“ und die Förderung des „arabischen Nationalismus“ durch blonde Helden wie Lawrence von Arabien keineswegs als emanzipatorische Prozesse nationaler Befreiung und progressiver Säkularisierung der Völker des „Orients“ zu sehen seien, sondern als bewusste Zerschlagung eines islamischen Universal-

staats getreu nach dem alten imperialen Motto: *Divide et impera!*

Zalloums Hauptinteresse wendet sich den heutigen USA und ihren Kriegen gegen den Irak zu. Der verdankt ja seine Existenz auch den Imaginationen und dem machiavellistischen Design britischer Kolonialstrategen. Der Autor zeigt zunächst – übrigens durchgehend mit Berufung auf westliche Sekundärliteratur und Quellen – dass zusammenfallend mit dem Ende des Kalten Krieges amerikanische Geostrategen auf die wachsende Gefährdung des ungehinderten Ölnachschubs für die westliche Welt, insbesondere die USA selbst, aufmerksam wurden. Ohne großen Aufwand und in klar verständlicher Sprache gelingt es Zalloum, überzeugend zu belegen, dass die Außen- und Militärpolitik der USA nicht erst seit George W. Bush, sondern spätestens seit den 1970er und dann unverhüllt seit der Mitte der 90er Jahre sich darauf ausrichtete, den ungehinderten Fluss von Rohöl für die USA und die anderen lebensnotwendig auf diesen Energieträger angewiesenen Länder des Westens mit allen Mitteln für die mittelfristige Zukunft zu sichern. In diesem Zusammenhang zitiert er General Norman Schwarzkopf, den „Sieger“ des Golfkriegs von 1991, der bereits im Februar 1990 vor dem Armeeausschuss des Senats zu Protokoll gab: „Middle East oil is the west's lifeblood. It fuels us today, and being 77 per cent of the world's proven reserves, is going to fuel us when the rest of the world runs dry.“(43) Seit dem 11. September 2001 ist die Wortverbindung „Kampf gegen den Terror“ der eingeführte und selbstverständlich von den Mei-

nungsführern der westlichen Welt unverzüglich akzeptierte Code-Begriff für das Vorhaben, jeden militärisch zu vernichten (nicht etwa nur „einzudämmen“!), der diesem strategischen Ziel reale oder ideologische Hindernisse in den Weg legen könnte.

In weiteren Kapiteln widmet sich der Autor u.a. den Fragen, wie der internationale Tauschwert des Dollars (und damit der relative Wohlstand der Amerikaner), der ja seit der Kündigung des Bretton-Woods-Abkommens 1973 eine reine Papierwährung ist, mit dem Ölmarkt zusammenhängt und welche neue Rolle die USA in der OPEC, dem Kartell der Öl produzierenden Länder, spielen. Ausführlich wird sodann auf das zukünftige Schicksal des Ölproduzenten Irak und die künftige Rolle amerikanischer Firmen in diesem Land eingegangen. Ein eigenes Kapitel ist Israel und der besonderen Bedeutung des Palästina-Konflikts gewidmet. Schließlich geht der Verfasser auf die inneren Mechanismen der amerikanischen Demokratie und ihrer (elitären) Strukturen und Entscheidungsprozesse ein. Dieses Kapitel ist der schwächste Abschnitt des bis dahin brillanten und uneingeschränkt lesenswerten Buches, weil man das alles woanders schon ausführlicher und detaillierter gelesen hat und dem Text hier deutlich anzumerken ist, dass sein Autor sich nicht mehr auf ihm wirklich vertrauten Terrain bewegt.

Das Buch endet enttäuschend: „Why America Must Change“ heißt das Schlusskapitel, und es wiederholt, was unzählige andere Bücher und Aufsätze, die in den letzten fünf Jahren in Zusammenhang mit der Bush-

Regierung, den Neocons, dem Irak-Krieg und dem „Kampf gegen den Terror“ in den USA erschienen sind, uns schon zum Überdruß mitgeteilt haben, und zwar ohne jeden „arabischen“ Blickwinkel: Alles wird noch schlimmer enden, wenn es so weitergeht wie bisher! Eine neue Politik muss her! Die verrückten Neocons müssen weg! Die Demokratie muss wieder hergestellt werden in Amerika! Als kulminierendes Fazit zitiert Zalloum zustimmend den Ex-CIA-Mann Chalmers Johnson, der in seinem jüngsten Buch „Sorrrows of Empire“ nichts weniger fordert als eine „revolutionary rehabilitation of American democracy“ (207). Was damit gemeint sein soll, bleibt offen. Am Ende wird also rücksichtsloses Denken wieder durch amerikanische Rhetorik ersetzt.

Frank Unger

Verkehr: Wirtschaft, Lebensweise, Umwelt

Winfried Wolf, Verkehr, Umwelt, Klima. Die Globalisierung des Tempowahns, Promedia, Wien 2007, 496 S., 34,90 Euro

Zu Beginn muss ich gleich bekennen, ohne meine Zusage, das Buch von Winfried Wolf zu besprechen, hätte ich es wahrscheinlich nicht gelesen. 500 Seiten über die Entwicklung des Verkehrs hätten mich abgeschreckt. Nachdem ich es gelesen hatte, war ich froh, dass ich dem Anstoß gefolgt war. Die Lektüre ist äußerst anregend, erweitert in vielfältiger Weise die Kenntnisse über die Entwicklungsprozesse des Kapitalismus von der industriellen Revolu-

tion bis heute und enthält wichtige Konsequenzen für eine linke, zukunftsorientierte Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Winfried Wolf hat sich viele Jahre intensiv mit Problemen des Verkehrs in seinen Beziehungen zu allen relevanten Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung, zu den Umweltproblemen und zu den Bedingungen der Kapitalverwertung beschäftigt. Das hat es ihm in Verbindung mit einer umfassenden Auswertung der vorhandenen Literatur ermöglicht, ein Buch zu schreiben, das als Enzyklopädie der Verkehrsentwicklung, insbesondere in den Beziehungen Verkehr, Gesellschaft, Umwelt, bezeichnet werden könnte.

Wolf analysiert die Verkehrsentwicklung in ihren zeitlichen und räumlichen Dimensionen. Dies gilt zumindest in doppelter Beziehung. Einerseits werden die Etappen eines etwa 200-jährigen Zeitraums, von den Anfängen der industriellen Revolution bis heute, verbunden mit einem Ausblick für die nächsten 20 Jahre analysiert. Zugleich wird die Verkehrsentwicklung mit ihren jeweiligen Spezifika in den großen „Welträumen“, vor allem in Europa und den USA, aber auch in Afrika, Asien und Lateinamerika, untersucht. Dies betrifft andererseits die Verdichtung der ökonomischen und menschlichen Beziehungen in Raum und Zeit, für die Überwindung räumlicher und zeitlicher Begrenzungen durch die Revolutionierung des Verkehrswezens. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Tempowahn und der ständigen Ausweitung der Entfernungen der Gütertransporte und der Wegstrecken, die die Menschen in

einem Jahr zurücklegen, sowie mit deren verheerenden ökologischen und sozialen Folgen, ist für den Autor eine Schlüsselfrage.

Wolf unterscheidet vier Transportrevolutionen: die Errichtung von Kanalsystemen ab dem 17. Jahrhundert, die Errichtung von Eisenbahnen ab dem Beginn des 19. Jahrhunderts, der massenhafte Einsatz von Pkws und Lkws ab Anfang und die Luftfahrt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er zeigt sehr anschaulich, dass das Aufkommen, die Ausbreitung neuer Verkehrstechniken und das zunehmende Zurückdrängen der jeweils vorangegangenen Verkehrsart nicht primär nach gesamtwirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten erfolgt. Vielmehr ist diese Entwicklung vor allem Folge des kapitalistischen Verwertungsstrebens und der Dominanz bestimmter Interessengruppen des Kapitals im Konkurrenzkampf. Dabei werden ökologische Erfordernisse sträflich missachtet.

Wolf weist anhand des historischen Ablaufs der verschiedenen Transportrevolutionen nach, dass insbesondere die Entwicklung der dazu erforderlichen Infrastruktur, Kanalbauten – insbesondere bei solchen Großprojekten wie Suez- und Panamakanal – und Schienennetze – besonders in den USA, in Asien und Afrika – mit kaum vorstellbaren hohen Verlusten an Menschenleben als Folge des rücksichtslosen Profitstrebens verbunden waren. Hervorzuheben sind auch die vielen Stellen des Buches, in denen die engen Beziehungen der Entwicklung der Infrastruktur des Verkehrs und der Verkehrsmittel zur kolonialen Unterwerfung und Ausplünderung sowie zur Vor-

bereitung von Kriegen nachgewiesen werden. Eine zentrale Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Wechselbeziehungen zwischen Motorisierung, Entwicklung des Flugverkehrs und der Schifffahrt, dem sprunghaft ansteigenden Bedarf an Erdöl, den hierfür erforderlichen Tankern und Pipelines, den zunehmenden kriegesischen Gefahren zur Sicherung von Energieressourcen sowie den verheerenden globalen ökologischen Wirkungen auf Umwelt und Klima.

Die Entwicklung des Verkehrs seit dem Zweiten Weltkrieg wird vor allem durch die sprunghafte Steigerung des Straßen- und Luftverkehrs bei ständiger Zurückdrängung des Schienenverkehrs und die maßlose Erhöhung der Geschwindigkeit aller Verkehrsträger bestimmt. In dem Buch wird überzeugend nachgewiesen, dass all dies wenig mit volkswirtschaftlicher Vernunft und Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zu tun hat, aber zu bedrohlichen Umweltschäden und Klimaveränderungen führt, und primär auf das ungehemmte Profitstreben der großen im Erdöl- und Verkehrsbe- reich konzentrierten Kapitale zurückzuführen ist. Dabei ist, wie Wolf zeigt, für den Verkehrsbereich eine Vergesellschaftung der Kosten und Privatisierung der Gewinne typisch, wie sie in diesem Ausmaß in keinem anderen volkswirtschaftlichen Bereich zu finden ist.

Interessant sind die zum Schluss des Buches charakterisierten „sieben Tugenden einer alternativen Verkehrsorganisation“ und zwei mögliche Pfade der Verkehrsentwicklung bis 2025, FAST (Tempowahn, „weiter so“, Stress bei Natur, Klima,

Mensch) und SLOW (Entschleunigung, Verkehrswende, Lebensqualität). Unverständlich ist dabei allerdings, warum bei dem Szenario FAST, der Umfang des Radverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens, die nachweislich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen sind, nach 2005 wieder zurückgehen soll (388).

Den Darlegungen zur Globalisierung und speziell zur Rolle des Transports im Globalisierungsprozess kann ich nicht zustimmen. Das betrifft einmal die These, dass es die Globalisierung seit der ersten Transportrevolution gibt (12). Damit wird die neue Qualität der weltwirtschaftlichen Beziehungen, die insbesondere mit dem globalen Charakter und der Dominanz der Finanz- und Kapitalmärkte sowie der veränderten Rolle und dem höheren Gewicht der transnationalen Konzerne verbunden ist, unzureichend berücksichtigt. Das berührt zum anderen die Feststellung, dass die Transportrevolutionen für die Globalisierung, einschließlich des heutigen Stadiums, entscheidend sind (103; 252). Die wichtige Funktion der neuen Transporttechnologien für die gegenwärtige Globalisierung soll überhaupt nicht in Frage gestellt werden. Sie ist aber ohne die mikroelektronische Revolution und die auf ihr beruhende rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, die von Wolf leider unbeachtet bleiben, nicht denkbar.

Resümee: Die Lektüre des Buches ist nicht nur Interessenten an Verkehrs- und Umweltproblemen zu empfehlen, sondern auch allen, die an wirtschafts- und technikgeschichtlichen Fragen, am tieferen Erkennen der Widersprüche der heutigen kapitalis-

tischen Welt sowie an Alternativen für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung interessiert sind.

Klaus Steinitz

Feindbild Demonstrant

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein/Legal Team (Hrsg.), Feindbild Demonstrant. Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation. Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes, Assoziation A, Berlin 2008, 176 S., 10 Euro

Mit diesem Buch beleuchtet der Republikanische AnwältInnenverein die rechtspolitischen Aspekte des G8-Gipfels und der damit zusammenhängenden Proteste. Um die Rechte der sozialen Bewegungen zu verteidigen, war schon Monate vor den Gipfelprotesten klar, dass hundert von RechtsanwältInnen aus ganz Europa vor Ort aktiv sein würden. Gemeinsam mit den Ermittlungsausschüssen organisierten sie sich unter dem Dach des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins als Legal Team/Anwaltlicher Notdienst.

Die Vorgänge in Heiligendamm im Frühsommer 2007 haben das Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen – nicht nur vor Ort – in einen Ausnahmezustand versetzt. Sie waren, so der Tenor vieler der insgesamt 21 Beiträge, in dieser Form bislang einmalig in der Bundesrepublik. Viele Elemente dieses Ausnahmezustandes – wie lückenlose Überwachung, polizeiliche Sondereinheiten, Käfighaltung von Gefangenen, Massenverhaftungen und Demonstrationsverbotszonen – waren nicht

wirklich neu. Andere dagegen ließen eine neue Qualität erkennen: Die Gründung der mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten polizeilichen Besonderen Aufbauorganisation „Kavala“, der Einsatz „militärischen“ Gerätes in Amtshilfe im Inland, die offensive Medienarbeit der Polizei. Der Bau eines 13 Kilometer langen Zauns verwandelte den Tagungsort Heiligendamm in eine Hochsicherheitszone. Vor und während der Proteste gegen das Gipfeltreffen zeigte sich ein modernisierter präventiver Sicherheitsstaat: mit Razzien und Kriminalisierung der GipfelkritikerInnen im Vorfeld, gezielter Desinformationspolitik, gravierenden Einschränkungen des Demonstrationsrechts, Entfesselung des Polizeiapparats, Beschneidung der Rechte von Inhaftierten sowie dem gewalttätigen und eskalierenden Vorgehen gegen Formen zivilen Ungehorsams.

Die AutorInnen argumentieren von einer bürgerrechtsorientierten Position aus, die die Polizei als Dienerin der BürgerInnen und Grundrechte in erster Linie als Schutzrechte vor staatlichem Handeln definiert. In Heiligendamm geschah das Gegenteil. Die Polizei hinderte durch ihr zu erwartendes Auftreten die BürgerInnen an der Wahrnehmung ihrer Grundrechte. Die Bürger- und Menschenrechte, dies wird nach der Lektüre leider allzu deutlich, wurden während der Proteste gegen den G8-Gipfel von den Demonstrierenden verteidigt.

Die meisten der Beiträge gehen von einem Gegensatz zwischen einem kritisierten Ausnahmezustand und dem implizit nicht so kritikwürdigen „Normalzustand“ polizeilichen und

juristischen Handelns aus. Aber ist es nicht vielmehr so, dass sich diese zwei „Zustände“ zumindest anlässlich solcher Ereignisse kaum noch unterscheiden lassen und damit dieses Argument seine Schlagkraft verliert?

Bernd Hüttner

Psychische und gesellschaftliche Krisen

Gabriela Stoppe/Anke Bramesfeld/Friedrich-Wilhelm Schwartz (Hrsg.), Volkskrankheit Depression? Bestandsaufnahme und Perspektiven, Springer Verlag, Berlin 2005, 475 S., 39,95 Euro

Die Rezension eines Buches über ein psychisches Leiden ist in einer marxistischen Zeitschrift sicher ungewöhnlich. Der Begriff der „Volkskrankheit“ verweist allerdings auf eine Verbreitung, die Fragen nach ihren möglichen gesellschaftlichen Ursachen aufwirft und die für marxistische Psychologie und Sozialwissenschaften interessant sein dürfte. Die Stärke der im Buch enthaltenen Beiträge besteht darin, die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung dieses Leidens aufzuzeigen. Die Herausgeberinnen beschreiben depressive Symptome als „Stimmungstiefs“, die auffallen „durch Anzahl, Intensität, Qualität und Dauer (...) sowie durch daraus resultierende Einschränkungen im Vermögen, den täglichen Verrichtungen des Alltags nachzugehen“ (4). „Depressive Menschen leiden an Lust- und Antriebslosigkeit (...) mit nachfolgendem sozialem Rückzug. Gleichzeitig können (...) Agitiertheit und innere Unruhe bestehen. Im Extremfall kommt es zum

Verlust des Lebenswillens und zu Selbsttötungsversuchen.“ (5) Neben Zuständen mit eindeutigem „Krankheitswert“ gebe es ein breites Gebiet, „in dem die Abgrenzung krank und gesund fließend ist“ (4). Die im Buch angeführten Untersuchungen bestätigen den Befund der Weltgesundheitsorganisation, wonach die Häufigkeit von Depressionen (weltweit) zunimmt. Die Forschungen in der BRD und anderen europäischen Ländern stützen sich v.a. auf standardisierte Befragungen in der Bevölkerung und Daten der Krankenkassen. Dem Bundesgesundheitsurvey 1997/98 zufolge litten 10,9 Prozent der Befragten an einer depressiven Störung. H.-U. Wittchen & F. Jacobi wenden sich gegen Annahmen, nach denen der Anstieg von Depressionen lediglich ein Methoden-Artefakt ist (z.B. durch stärkere Aufmerksamkeit für subjektive Befindlichkeit in der jüngeren Generation). Sie bezeichnen den Trend als „realen Effekt“ und „empirisch gut bestätigt“ (29), räumen allerdings methodische Schwierigkeiten ein, die in künftigen Forschungen zu überwinden seien. Gerd Glaeske berichtet, dass der Anteil der Antidepressiva an den verschriebenen Psychopharmaka seit Anfang der 1990er Jahre in der BRD von 32 auf 60 Prozent gestiegen ist; auch ein absoluter Zuwachs der Tagesdosierungen von 200 auf 600 Mio. wird verzeichnet (99). Den Gesundheitsökonom bereitet die Kostenentwicklung Sorge. Sie unterscheiden zwischen Ressourcenverbrauch (Medikamente, Klinikaufenthalte, Psychotherapien) und Ressourcenverlust (Arbeitsausfall, Beratungen). Nicht ohne herrschaft-

lichen Unterton schreiben K. Stamm & H.-J. Salize (112): „Die durch Arbeitsunfähigkeit, Invalidität und vorzeitigen Tod resultierenden Verluste für die Volksgemeinschaft [sic!] wurden vom Statistischen Bundesamt für 2002 auf 185.000 verlorene Erwerbstätigkeitsjahre (...) bzw. 528.000 Lebensjahre (...) beziffert...“

Mehrere Kapitel widmen sich den Hintergründen dieser Entwicklung. Alain Ehrenberg wiederholt die von ihm bereits früher vertretene Argumentation, dass der „Erfolg der Depression einen Wechsel im sozialen Regelwerk begleitet (...). Im Speziellen bedeutet dies den radikalen Wandel einer Gesellschaft, die [im 19. und frühen 20. Jahrhundert] auf Disziplin gegründet war (...), hin zu einer Gesellschaft, die sich auf (...) allgemeine persönliche Initiative stützt (symbolisiert im Bild des Unternehmers)“ (124). „Anstelle der alten bürgerlichen Schuld und des Kampfes gegen das Gesetz der Väter (Ödipus), entsteht die Angst, die eigenen Ideale nicht zu erreichen (...) (Narziss).“ (132) Die Grundlage dafür sieht der Autor in ökonomischem Wachstum, der „sozialen Sicherheit“, „Änderungen im Bildungswesen“ und „Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs“ (128). Dass diese Basis seit mindestens 20 Jahren untergraben wird, thematisiert Ehrenberg nicht. Er verschenkt das kritische Potenzial seiner Ausgangsthese, indem er die gesellschaftliche Gegenwart idealisiert – so spricht er z.B. von „totaler Wahlfreiheit“ der Individuen. Die Entgegensetzung von moralischer Schuld als Kern des Freudschen Neurosenkonzepts und Versagensangst als angeblichem Charakteristikum

der Depression verdeckt das Entscheidende: Auch die depressive „Hemmung“ kann als Resultat einer Verdrängung interpretiert werden, die eine riskante Auseinandersetzung mit herrschenden gesellschaftlichen Normen verhindert.

Dass die Individuen die Last eines nicht ausgetragenen gesellschaftlichen Konflikts tragen müssen, ist im Bereich der Arbeit vielleicht besonders deutlich. Studien, die die Verursachung von Depressionen und anderen psychischen Störungen durch Arbeitslosigkeit und Arbeitsüberlastung belegen, referiert Harvey Brenner. Er resümiert, „dass ‚endogene‘ Erkrankungen, von denen früher angenommen wurde, sie träten spontan auf, in Wirklichkeit oft durch Krisensituationen wie Trennung, Verlust des Arbeitsplatzes und finanzielle Katastrophen hervorgerufen werden“ (167). Ferner weist Brenner auf den historischen bzw. statistischen Zusammenhang zwischen ökonomischer Rezession und Suizidrate hin. Bramesfeld räsoniert in einer Art unentschiedener Hartz-IV-Apologie über die Vor- und Nachteile einer Verpflichtung von Erwerbslosen „zur Annahme einer Tätigkeit unter dem bisherigen Qualifikations- und Entgeltniveau“ (335); belegt sei, dass sowohl Arbeitslosigkeit als auch Arbeit „mit niedrigem Prestige und schlechter Bezahlung“ psychische Störungen erzeugen könnten.

Frauen und Männer scheinen in unterschiedlicher Weise von Depressionen betroffen zu sein. Anne Möller-Leimkühler hinterfragt die Annahme, Männer hätten im Vergleich zu Frauen ein zwei- bis dreimal geringeres Depressionsrisiko. Es müsse die

deutlich höhere Suizidrate von Männern berücksichtigt werden. Das zentrale Argument der Autorin lautet, dass „für beide Geschlechter eine psychische Störung umso eher diagnostiziert wird, je deutlicher das inkriminierte Verhalten aus dem Normbereich des Geschlechterstereotyps herausfällt“, etwa im Sinne ‚einer ‚Untererfüllung‘ (bei Frauen z.B. sozialer Rückzug oder Aggressivität, bei Männern z.B. Weinerlichkeit oder soziale Unterordnung)“ (218). Depressionen würden bei Männern seltener erkannt, weil die Diagnostik sich auf die „femininen“ Aspekte der Krankheit konzentriere.

Insgesamt bleibt die Perspektive des Buches auf gesellschaftliche Bedingungen psychischer Leiden verkürzt. Zwar werden Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnde Mitbestimmung als Risikofaktoren beklagt, aber die gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf dem anderen Pol Profit, Reichtum und Macht erzeugen, bleiben ungenannt. Veränderungsvorschläge im Sinne einer Prävention bleiben weitgehend im Rahmen herrschender Sozialpolitik. Fast gänzlich ausgeklammert bleibt die subjektive Erfahrung von Depression und ihr Zusammenhang mit objektiven Bedingungen. Immerhin gibt das Buch wichtige Hinweise auf eine Dynamik der Ausbreitung von Depressionen, die den Schluss nahelegt, dass viele psychische Leiden der subjektive Ausdruck gesellschaftlicher Krisen sind. Hierin kann man, bei aller Verschiedenheit der individuellen Lebenssituationen, eine gemeinsame Basis der depressiven Erfahrung sehen.

Michael Zander

Faschismus und Ideologie

Projekt Ideologiekritik, Faschismus und Ideologie, Argument Verlag, Hamburg 2007, 374 S., 19,50 Euro

Die bereits 1980 in den Argument-Sonderbänden Nr. 60 und 62 herausgegebenen Aufsätze des Projekts Ideologiekritik sind jetzt im gleichen Verlag unter dem Titel „Faschismus und Ideologie“ zusammengefasst und um ein kluges und kenntnisreiches Vorwort des Münchener Soziologen Klaus Weber erweitert worden. Seine Zusammenfassung und kritische Würdigung markanter zum Thema erschienener neuerer Werke bereichert die Neuauflage um die aktuellen Bezüge.

Angesichts der – in den Täterbiografien der letzten Jahren – zunehmenden Reduzierung des Faschismus auf einzelne Unpersonen und dem folgenden Streit zwischen Personalisten und Strukturalisten, die jedoch fast immer die ideologischen Wirkungsmechanismen des Faschismus ausblenden, ist diese Neuauflage mehr als dringlich. Die Frage danach, wie es zu „Hitlers willigen Vollstreckern“ (Daniel Goldhagen) kam, also dazu, dass sich der Einzelne und auch die Einzelne freiwillig in das faschistische Herrschaftssystem einordnete, und zwar ohne dass es zum faschistischen Wohlfahrtsstaat – den Götz Aly gleichsam hypostasiert – kam, wird in vielen Detailstudien in diesem Band behandelt. Dabei reicht das Spektrum von einer Analyse des Reichsparteitagsfilms und seiner Wirkung in der ideologischen Transformationsarbeit über eine Untersuchung der faschistischen Betriebspolitik und über Betrachtungen zum

Stellenwert der Architektur und des Monumentalen als ideologische Form hin zu einer Darstellung der faschistischen und des Bruchs mit der nichtfaschistischen Literatur durch deren Verbrennung im Mai 1933 und zur Beleuchtung des Volksgemeinschaftsdiskurses am Beispiel des Winterhilfswerks, sowie zu einer längeren Darstellung des faschistischen Erziehungswesens. Einen besonderen Stellenwert nehmen neben der Untersuchung von Hitlers Mairiede aus dem Jahr 1933 und der damit verknüpften Analyse der Volksgemeinschaftsideologie der Aufsatz von W. F. Haug und Jan Rehmanns kritische Einwände gegen die marxistischen und bürgerliche Faschismustheorien ein.

Im ersten Moment ärgerlich ist die Verabsolutierung des Ideologischen in allen Beiträgen des Projekts Ideologiekritik. So z.B. die Aussage, es sei „unabdingbar, mit den Denkmustern des Ökonomismus und Klassenreduktionismus zu brechen“ (23), wenn man „das konkrete Wie der Organisation ideologischer Effekte im Faschismus“ (ebd.) begreifen wolle. Hier und im Folgenden wird leider oft eine Karikatur des Marxismus – bzw. der Frankfurter Schule – genommen und an dieser dann dessen Unzulänglichkeiten bei der Erklärung des Ideologischen demonstriert. Ein Beispiel: In seinem sonst sehr lesenswerten Beitrag unterstellt Haug, Georg Lukács würde mit seinem Begriff der Kulturindustrie – unter der dieser die faschistische Ideologie subsumiere – die Schlussfolgerung nahe legen, dass das Ideologische „keine besondere Erforschung“ verdiene (71). Ähnli-

ches gelte für das Frankfurter Institut für Sozialforschung, wenn es in einem Beitrag gegen die Niveaulosigkeit der Schriften von Hitler oder auch Rosenberg polemisiere. Deutlich über das Ziel hinaus schießen auch die Autoren – damals wie heute –, wenn sie behaupten, „dass nur auf nicht-ökonomische Weise der Klassencharakter des Faschismus begriffen werden kann“ (23).

Beim zweiten Hinsehen fasziniert jedoch die exakte Darstellung des Ideologischen und dessen begriffliche Festlegung als „ideelle Vergesellschaftung-von-oben“ (25) oder – in Haugs Worten – die Ideologie als Form „der auf innere Selbstunterstellung der Individuen zielenden Reproduktion von Herrschaft“ (72) und – mit Verlaub – die Rücknahme der völligen Negation ökonomischer Verhältnisse. Es sei nämlich „jede ideologische Instanz durch die historisch-sozial besondere Anordnung der ideologischen Mächte, durch deren Kräfteverhältnisse und Dominanzverhältnisse bedingt“ (18). In dieses Machtgefüge ordnen sich nun – so die Autoren – die Individuen selbsttätig ein; allerdings werde dies „umrahmt von repressiver Zwangsgewalt“ (19).

Die für die Verfasser zentralen Fragestellungen formuliert Jan Rehmann in seinem Beitrag so: „Wie gelang es der faschistischen Bewegung, die ideologische Einheit des herrschenden Machtblocks zu zersetzen (zu ‚desartikulieren‘), wirksame Elemente anzusaugen und ihren Diskurs einzugliedern (zu ‚artikulieren‘)?“ (55)

Dies ist nicht nur – darauf weisen die Autoren mehrfach hin – für die Ana-

lyse faschistischer Ideologie von eminenter Bedeutung, sondern auch für deren Bekämpfung auf ideologischem Gebiet. Deshalb gilt dann auch umgekehrt für die Arbeiterbewegung: „Wie kann sie ihrerseits ideologische und populäre Elemente in ihren Klassendiskurs artikulieren, um unter ihrer Hegemonie ein breites Bündnis gegen Imperialismus und Faschismus zu erkämpfen?“ (55)

Dass faschistische Ideologie nicht einfach Diktat der herrschenden Klasse sei, obwohl sie die ideologische Unterstellung unter die vorhandene Herrschaftsordnung betreibt, „sondern zugleich Kompromisse zwischen den antagonistischen Klassen“ (25f.) darstelle, kann nicht bezweifelt werden.

Genau in dem Raum zwischen horizontaler Selbstvergesellschaftung und vertikaler Fremdvergesellschaftung siedelt das Projekt seinen Untersuchungsgegenstand an, auf der „Ebene der konkreten ideologischen Prozesse“ (26). Da damit der Untersuchungsgegenstand benannt ist, geht eine Kritik, die sich an anderen Ebenen festmacht, ins Leere. Es gilt, die in diesen Aufsätzen verborgenen Schätze zu heben, gerade, wenn man die von Klaus Weber dargelegte aktuelle Faschismuskritik daneben stellt.

Friedrich Sendelbeck